

Rheinland-Pfalz



Statistisches Landesamt

Statistische Monatshefte

1993

Januar
Februar
März
April
Mai
Juni
Juli
August
September
Oktober
November
Dezember

Inhalt

Regionale Prognosen

- 191 Prognostische Daten sind eine unentbehrliche Entscheidungsgrundlage für die Planungen der Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung. Das System der Regionalprognosen, das bereits Bevölkerungs-, Arbeitsmarkt- und Schülerprognose umfaßt, soll durch weitere Folgeprognosen ergänzt werden.

Ältere Menschen – Langfristige Entwicklungstendenzen

- 198 Die Anzahl älterer Menschen wird erheblich zunehmen. Der Beitrag stellt die voraussichtliche Entwicklung bis zum Jahr 2030 dar.

1%-Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993

- 204 Mit Stichtag 30. September 1993 findet bundesweit eine 1 %-Gebäude- und Wohnungsstichprobe statt. Gut 500 Interviewer werden in Rheinland-Pfalz rund 8 500 Gebäudeeigentümer und 16 000 Wohnungsinhaber befragen.

Baulandmarkt 1992 – Zur Aussagekraft der Kaufwerte für Bauland –

- 208 Auf der Grundlage der Ergebnisse der Kaufwertstatistik und deren Aussagekraft wird über den Baulandmarkt 1992 berichtet.

Anhang

- 65* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
71* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

80 Pf.
Porto

Ich bestelle _____ Exemplar/e

**Oberbürgermeister, Landräte und
Bürgermeister**

zum Preis von 2,00 DM

ab 10 Exemplare 1,50 DM

ab 50 Exemplare 1,00 DM

Name / Dienststelle / Firma:

() _____

Name des Bearbeiters

Unterschrift

POSTKARTE

**Statistisches Landesamt
Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16**

56130 Bad Ems

Neuerscheinung

Rheinland-Pfalz



Statistisches Landesamt

1993

Oberbürgermeister,
Landräte und
Bürgermeister

Das Verzeichnis *Oberbürgermeister, Landräte und Bürgermeister in Rheinland-Pfalz* wurde überarbeitet und ist nach dem Stand Juli 1993 neu aufgelegt. Das Verzeichnis enthält neben den Namen der Bürgermeister und Landräte Anschrift, Telefonnummer und soweit vorhanden Telefaxnummer der Verwaltungen der kreisfreien und großen kreisangehörigen Städte, der Verbandsgemeinden und verbandsfreien Gemeinden sowie der Kreisverwaltungen. Ein Register erleichtert das Auffinden der einzelnen Verwaltungen.

Es kann beim Statistischen Landesamt in Bad Ems, Mainzer Straße 14-16, bestellt werden. Der Stückpreis beläuft sich auf 2,00 DM.

Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet ¹⁾ im August 1993		
Indexbezeichnung	1985=100	Veränderung zu August 1992 in %
Alle privaten Haushalte		
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren (einschl. Verzehr in Gaststätten)	114,3	2,1
Bekleidung, Schuhe	116,6	2,7
Wohnungsmieten	131,9	5,9
Energie (ohne Kraftstoffe)	90,9	1,3
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	118,5	3,1
Güter für:		
Gesundheits- und Körperpflege	122,8	3,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	122,2	3,8
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	115,9	3,3
Persönliche Ausstattung, Dienst- leistungen des Beherbergungs- gewerbes sowie Güter sonstiger Art	136,1	9,5
Gesamtlebenshaltung	120,2	4,2
4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	119,6	3,8
4-Personen-Haushalte von Angestellten und Beamten mit höherem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	121,1	4,4
2-Personen-Haushalte von Renten- und Sozialhilfe- empfängern mit geringem Einkommen		
Gesamtlebenshaltung	119,8	3,9

1) Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990.

Fortentwicklung der Prognosen

Seit 1974 hat das Statistische Landesamt ein System von Regionalprognosen aufgebaut, das für einen Zeithorizont von 15 Jahren prognostische Daten mindestens auf Kreisebene bereitstellt. Die Teilmodelle umfassen Vorausschätzungen der Bevölkerung und der Bevölkerungsbewegung, des Arbeitsmarktes (Erwerbspotential und Arbeitskräftebedarf) sowie der Schüler an allgemeinbildenden Schulen. Die Prognosemodelle sind teilweise bereits mehrfach überarbeitet worden und können als weitgehend ausgereift gelten. Allerdings haben die starken Zuwanderungen, insbesondere nach der Öffnung der Grenzen im Osten, die Prognoseunsicherheit zuletzt deutlich erhöht.

Ausgehend von der Bevölkerungsprognose soll das Prognosesystem durch eine Kette von aufeinander aufbauenden Folgeprognosen ergänzt werden. Modelle für die Vorausschätzung der Zahl und Struktur der privaten Haushalte sowie des daraus abzuleitenden Wohnungsbedarfs sind zu entwickeln. Vervollständigt wird dieses Konzept durch eine Prognose des Siedlungsflächenbedarfs, der neben dem Wohnbauland auch die Gewerbeflächen und die Flächen für den überörtlichen Verkehr umfaßt.

Mehr über dieses Thema auf Seite 191.

Immer mehr ältere Menschen

Es gibt immer mehr ältere Menschen. Die Anzahl der Personen, die 65 Jahre oder älter sind, ist von 1950 bis 1990 von 280 000 auf knapp 600 000 angewachsen. Diese Tendenzen werden auch in Zukunft anhalten. So errechnet eine Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes für die Jahrtausendwende gut 680 000 und für das Jahr 2030 mehr als 870 000 Menschen in der genannten Altersgruppe.

Die Zahl älterer Menschen kann relativ sicher prognostiziert werden. Zum einen ist diese Personengruppe von der eher unsicheren Geburtenentwicklung nicht betroffen. Andererseits zeigt die Entwicklung der Sterblichkeit einen sehr kontinuierlichen Verlauf und ist somit für eine Prognose gut abgesichert. Hinzu kommt, daß ältere Menschen im Hinblick auf eine Verlagerung ihres Wohnsitzes als weniger mobil einzustufen sind und damit von der Entwicklung der unsicheren Wanderungsströme relativ wenig betroffen sind.

Mehr über dieses Thema auf Seite 198.

Jahreseinkünfte im Durchschnitt bei 46 500 DM

Nach der Lohn- und Einkommensteuerstatistik beliefen sich die durchschnittlichen Einkünfte der Steuerpflichtigen mit positiven Einkünften im Jahre 1989 auf rund 46 500 DM. Dabei zählen zusammenveranlagte Ehegatten als ein Steuerpflichtiger.

Die annähernd 1,4 Mill. Steuerpflichtigen erzielten Einkünfte in Höhe von 63,1 Mrd. DM. Darauf waren rund 11,4 Mrd. DM Einkommensteuer zu zahlen. 5,3 % der Steuerzahler konnten jeweils 100 000 DM und mehr erwirtschaften. Sie entrichteten knapp 40 % der in Rheinland-Pfalz festgesetzten Einkommensteuer.

Die Ergebnisse der Einkommensschichtung liegen für alle Gemeinden des Landes vor.

Regionale Prognosen

– Stand und weiterer Ausbau des Prognosesystems –

Prognosen als Auswertungssystem

Das traditionelle Arbeitsgebiet der amtlichen Statistik, die Erhebung von Daten und ihre Aufbereitung zu statistischen Ergebnissen, wurde in den vergangenen Jahrzehnten in zunehmendem Maße durch weiterführende Berechnungen und Auswertungen dieser Ergebnisse als neuer Aufgabe ergänzt. Neben dem Bedarf für derartige analytische Arbeiten, der seitens der Konsumenten der Statistik geltend gemacht wurde, hat hierzu die Entwicklung der technischen Möglichkeiten, insbesondere die Einrichtung statistischer Informationssysteme, entscheidend beigetragen. In Anbetracht der vielfältigen Informationen, die in den statistischen Ämtern verfügbar sind, lag es nahe, derartige Analysen nicht nur ad hoc für genau spezifizierte Aufgabenstellungen vorzunehmen, sondern durch Kombination der zu einem Gesamtkomplex vorhandenen Daten ein umfassendes Auswertungssystem zu entwickeln.

Prognostische Daten sind eine unentbehrliche Entscheidungsgrundlage für die Planungen der Wirtschaft und der öffentlichen Verwaltung. Der dramatische Geburtenrückgang, der Mitte der 60er Jahre einsetzte und erst etwa ein Jahrzehnt später allmählich zum Stillstand kam, ließ das Interesse insbesondere an demographischen Prognosen stark anwachsen. Prognosen und Zielprojektionen sind so zu einem festen Bestandteil der Aufgaben in den statistischen Ämtern geworden.

Nach Vorliegen der Ergebnisse aus der Volkszählung 1970 und dem Aufbau einer breiten regionalisierten Datenbasis in Gestalt des Landesinformationssystems Rheinland-Pfalz war es ein naheliegender Schritt, diese Daten nicht nur zur Analyse der Vergangenheit, sondern auch zur Erstellung von regionalen Prognosen zu nutzen. Im Zuge der Einrichtung des Landesinformationssystems erteilte daher die Landesregierung Anfang 1974 dem Statistischen Landesamt einen entsprechenden Auftrag. In Zusammenarbeit mit dem wichtigsten Interessenten, der Obersten Landesplanungsbehörde, wurde in den folgenden Jahren das Konzept der Bevölkerungs- und Arbeitsmarktprognose entwickelt. Ergebnisse aus diesem Gesamtmodell konnten erstmals 1977 für den Prognosezeitraum 1975 bis 1990 vorgelegt werden. Nachdem das Kultusministerium bereits 1973 Interesse an einer regionalen Schülerprognose bekundet hatte, wurde dieses Projekt 1978 nach dem vorläufi-

gen Abschluß der konzeptionellen Arbeiten an der Bevölkerungsprognose in Angriff genommen. Erste Ergebnisse lagen 1981 für den Zeitraum 1978 bis 1993 vor. Die Modelle wurden in der Folgezeit noch stetig verbessert. Die Erstellung von Prognosen ist inzwischen in § 2 Abs. 2 Nr. 4 des Landesstatistikgesetzes vom 27. Mai 1987 als Aufgabe des Statistischen Landesamtes gesetzlich verankert.

Gesamtkonzept

Von Anfang an wurde der Aufbau eines integrierten Systems angestrebt, in dem die einzelnen Teilprognosen eng miteinander verzahnt sind. Für den Modellansatz aller Prognosen des Statistischen Landesamtes gilt dabei folgendes Grundschema:

- Der Rechengang ist vollständig programmiert, so daß die gesamte Prognoserechnung maschinell abgewickelt werden kann. Bei der Zusammenstellung der Ausgangsdaten wird soweit wie möglich auf maschinell geführte Dateien zurückgegriffen.
- Die Prognosen werden in jährlichem Turnus aktualisiert und auf ein neues Basisjahr umgestellt. Auch bei der Ermittlung der Parameter kann so die jeweils jüngste Entwicklung berücksichtigt werden.
- Die Parameter können innerhalb eines gewissen Rahmens variiert werden, um Prognosevarianten zu berechnen. Damit wird es möglich, nicht nur Punktprognosen vorzulegen, sondern auch die Bandbreite denkbarer Entwicklungen abzustecken.
- Der Zeithorizont der Prognose umfaßt eine Periode von jeweils 15 Jahren. In diesem mittelfristigen Rahmen können noch einigermaßen zuverlässige Annahmen zur künftigen Entwicklung der Parameter getroffen werden.
- Räumliche Bezugseinheit ist der Kreis. In der Regel stehen die benötigten Ausgangsdaten nur auf Kreisebene in einem Umfang zur Verfügung, der statistisch gesicherte Aussagen bei der Ermittlung der Parameter zuläßt.

Von diesen Grundsätzen kann im Einzelfall abgewichen werden, wenn besondere Problemstellungen dies

System der Regionalprognosen: verfügbare Teilprognosen

Themenbereich	Prognosemodell	Prognostizierte Merkmale	Sachliche Gliederung	Räumliche Gliederung	Zeithorizont
Bevölkerung	Biometrisches Modell	Bevölkerung am Jahresende Lebendgeborene Sterbefälle	Geschlecht, Altersjahre/beliebig zu bildende Altersgruppen Geschlecht Geschlecht	Verbandsgemeinde/ verbandsfreie Gemeinde, Mittelbereich	15 Jahre
	Demographisches Wanderungsmodell	Bevölkerung am Jahresende Lebendgeborene Sterbefälle Zuzüge über die Kreisgrenzen Fortzüge über die Kreisgrenzen Wanderungssaldo	Geschlecht, Altersjahre/beliebig zu bildende Altersgruppen Geschlecht Geschlecht Geschlecht Geschlecht, 4 Altersklassen	Landkreis/ kreisfreie Stadt, Region	15 Jahre
	Langfristige Modellrechnung	Bevölkerung am Jahresende Lebendgeborene Sterbefälle	Geschlecht, Altersjahre/beliebig zu bildende Altersgruppen Geschlecht Geschlecht	Land	99 Jahre
Arbeitsmarkt	Erwerbspotential (Arbeitskräfteangebot)	Erwerbspersonen (am Wohnort) am Jahresende Erwerbsquoten	Geschlecht, 5-Jahres-Altersgruppen	Landkreis/ kreisfreie Stadt, Region	15 Jahre
	Arbeitsplatzpotential (Arbeitskräfte-nachfrage)	Erwerbstätige (am Arbeitsort) im Jahresdurchschnitt	22 Wirtschaftsbereiche	Landkreis/ kreisfreie Stadt, Region	15 Jahre
Bildungswesen	Schüler an allgemeinbildenden Schulen	Schüler am Schuljahresanfang Grundschulen Sonderschulen L Entlassungen am Schuljahresende Sonderschulen L	Schulart, Klassenstufe Klassenstufe, Art des Entlassungszeugnisses	Landkreis/ kreisfreie Stadt	15 Jahre
		Schüler am Schuljahresanfang Hauptschulen Realschulen Gymnasien Integrierte Gesamtschulen Entlassungen am Schuljahresende Hauptschulen Realschulen Gymnasien Integrierte Gesamtschulen	Schulart, Klassenstufe Schulart, Klassenstufe, Art des Entlassungszeugnisses	Schulort (Einzugsbereich des Schulstandorts)	15 Jahre
		Einschulungen	–	Landkreis/ kreisfreie Stadt	15 Jahre
		Übergänge auf weiterführende Schulen Übergangsquoten	4 Schularten	Verbandsgemeinde/ verbandsfreie Gemeinde (Wohnort)	14 Jahre

erfordern; sie bilden jedoch gleichwohl das Gerüst des Gesamtsystems der Prognosen. Insbesondere hinsichtlich der räumlichen Gliederungstiefe wird immer wieder weitergehender Bedarf an kleinräumigen Prognosen geltend gemacht. Soweit dies von der Datengrundlage her möglich und methodisch vertretbar war, ist diesen Anforderungen Rechnung getragen worden.

Obwohl die Prognosemodelle bei entsprechender Festlegung der Parameter grundsätzlich auch für Zielprojektionen geeignet sind, wurden sie bisher nur für Status-quo-Prognosen eingesetzt. Diese basieren auf der Grundannahme, daß die Determinanten der gegenwärtigen Entwicklung in der Zukunft in gleicher Weise wirksam bleiben, es sei denn, das künftige Eintreten einer Änderung, beispielsweise einer für die Entwicklung relevanten gesetzlichen Bestimmung, ist bereits bekannt. Zum Rahmen dieser Status-quo-Annahmen gehören auch die im Basiszeitpunkt der Prognose gegebenen politischen Konstellationen. Künftige Wendungen etwa der Wirtschafts- oder der Gesellschaftspolitik, die unter Umständen initiiert werden, um einer prognostizierten unerwünschten Entwicklung zu begegnen, können nicht antizipiert werden; insoweit sind die Ergebnisse politikneutral. Das Eintreten der prognostizierten Entwicklung ist daher nicht unbedingt ein Maßstab der Prognosequalität. Insbesondere für eine ungünstige Prognose kann das Ausbleiben der prognostizierten Entwicklung ein Erfolg sein, wenn die Prognose die verantwortlichen Entscheidungsträger zum Handeln veranlaßt und damit ihren wichtigsten Zweck erfüllt hat.

Bevölkerungsprognose als Basisprognose

Umfang und Struktur der Bevölkerung sind zentrale Größen für zahlreiche Problemstellungen, insbesondere im Bereich der öffentlichen Verwaltung. Zudem hat die Bevölkerungsvorausschätzung eine Schlüsselstellung als Basisprognose, die Ausgangswerte für die verschiedensten Folgeprognosen bereitstellt. Aus diesen Gründen stand die Bevölkerungsprognose am Anfang der Prognosestätigkeit des Statistischen Landesamtes.

Das Prognosemodell basiert auf der Methode der geburtsjahrgangsweisen Fortschreibung. Ausgehend von der Bevölkerung nach Altersjahren und Geschlecht am Ende des Basisjahres wird durch Addition der Geburten und der Zuzüge sowie Subtraktion der Sterbefälle und der Fortzüge während des ersten Prognosejahres eine neue Ausgangsbevölkerung am Ende des ersten Prognosejahres ermittelt. Dieser Prozeß wird bis zum Ende des Prognosezeitraums wiederholt. Die prognostische Aufgabe besteht darin, diese vier Bewegungskomponenten vorzuschätzen. Das Prognosemodell ist so aufgebaut, daß Ergebnisse ohne bzw. mit Berücksichtigung der Wanderungsbewegung ermittelt werden können. Die Vorausschätzung der Wanderungen ist zweifellos der problematischste Teil der Bevölkerungsprognose. Prognoseergebnisse, die nur die natürliche Bevölkerungsbewegung einbeziehen, geben dem Konsumenten die Möglichkeit, Annahmen zur Wanderungsbewegung nach eigenen Vorstellungen einzubringen, etwa aufgrund seiner besseren örtlichen Kenntnis,

was insbesondere bei kleinräumigen Untersuchungen von Bedeutung ist.

Die Prognose der Geburten geht von einer Trendextrapolation altersspezifischer Fruchtbarkeitsziffern aus. Für die Vorausschätzung der Gestorbenen werden extrapolierte alters- und geschlechtsspezifische Sterbeziffern zugrunde gelegt. Regionale Unterschiede des generativen Verhaltens und der Sterblichkeit werden bis zur Kreisebene berücksichtigt. Die Prognoserechnung selbst erfolgt auf der Ebene der verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden, soweit Teile von Verbandsgemeinden zu verschiedenen Mittelbereichen gehören, auch für diese Verbandsgemeindeteile. Damit wird es möglich, durch entsprechende Zusammenfassungen völlig konsistente Ergebnisse für die Verwaltungskategorien Verbandsgemeinden/verbandsfreie Gemeinden und Landkreise/kreisfreie Städte sowie für die landesplanerischen Kategorien Mittelbereiche und Regionen zu erstellen.

Das demographische Wanderungsmodell basiert auf den Daten der Wanderungstatistik. Die mit Hilfe von Fortzugsziffern prognostizierten Abwanderungen aus den einzelnen Kreisen werden über eine Verflechtungsmatrix auf die Zielkreise verteilt, so daß zugleich die Zuwanderungen bekannt sind, soweit ihr Herkunftsort in Rheinland-Pfalz liegt. Hinzuzuschätzen sind noch die Zuwanderungen aus den anderen Bundesländern und dem Ausland. Dies erfolgt mit Hilfe von Zuzugsziffern bzw. einer Trendextrapolation der Wanderungsströme. Zwar ist dieser Ansatz insofern nicht theoretisch fundiert, als Hypothesen über die Wanderungsmotive und ihre Auswirkungen nicht explizit eingeführt werden. Entsprechend der Status-quo-Annahme sind jedoch alle für das Wanderungsgeschehen im Stützzeitraum maßgebenden Einflüsse implizit berücksichtigt. Dies gilt sowohl für die Faktoren, die für die Stadt-Umland-Wanderungen von Bedeutung sind, als auch für die wirtschaftliche Situation, die über den Arbeitsmarkt die ökonomisch induzierten Wanderungen bestimmt.

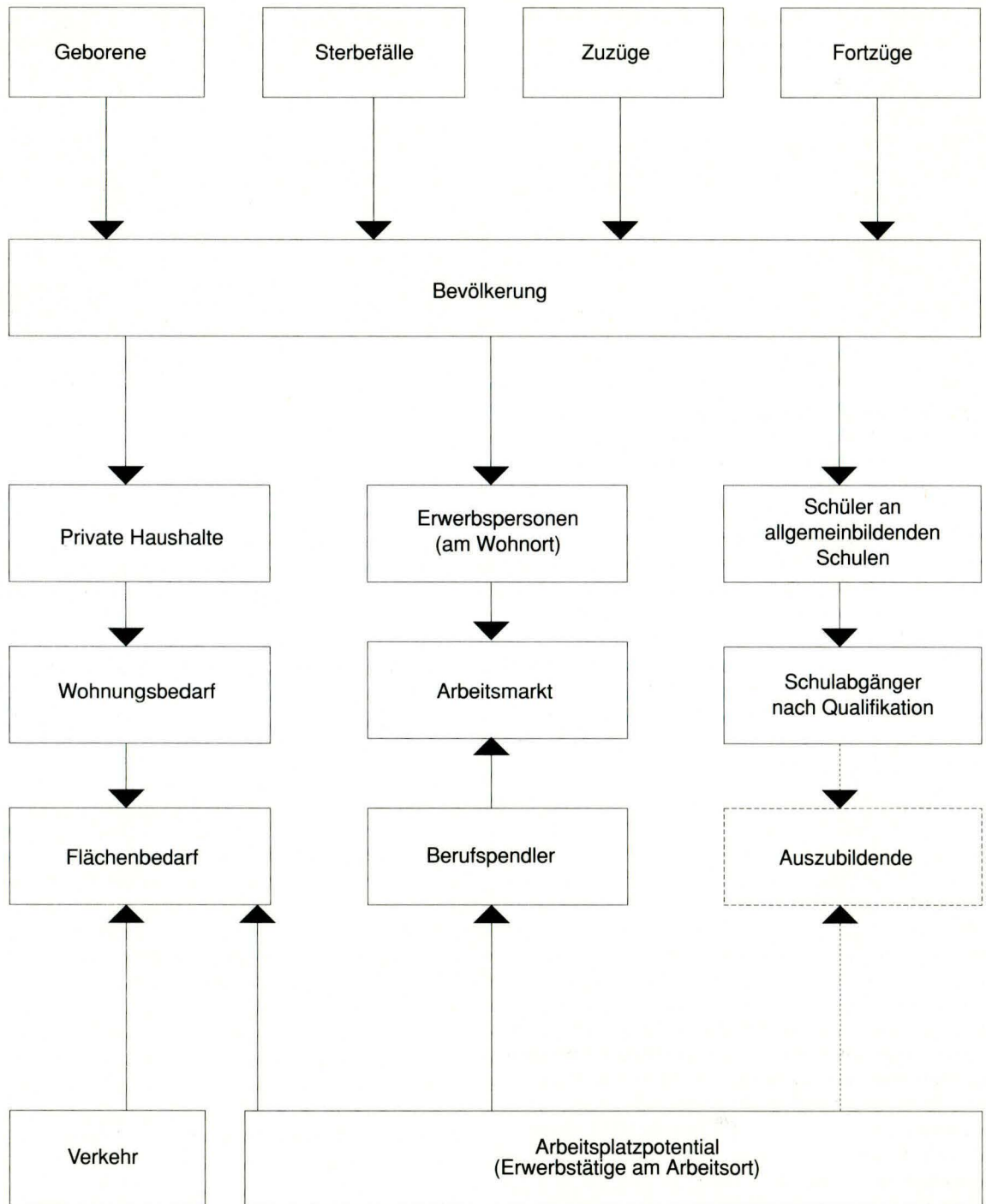
Etwas außerhalb des allgemeinen Prognoseschemas stehen die sogenannten langfristigen Modellrechnungen, die nur auf Landesebene vorgenommen werden und an die Ergebnisse für das letzte Jahr des mittelfristigen Prognosezeitraums anknüpfen. Sie sollen die Konsequenzen verdeutlichen, die eine Fortdauer der vorherrschenden Tendenzen bei den Determinanten der natürlichen Bevölkerungsbewegung, insbesondere im generativen Verhalten, auf lange Sicht für die demographische Entwicklung haben kann.

Arbeitsmarktprogno

Das Arbeitsmarktmodell diene als immanenter Bestandteil der Bevölkerungsprognose ursprünglich vor allem als Basis zur Vorausschätzung von ökonomisch induzierten Wanderungen. Mit den wachsenden Problemen am Arbeitsmarkt haben die Ergebnisse der Arbeitsmarktprogno zunehmend ein eigenständiges Gewicht gewonnen. Die Arbeitsmarktprogno umfaßt eine Vorausschätzung des Arbeitskräfteangebots (Erwerbspersonen am Wohnort) und des Arbeitskräftebedarfs (Erwerbstätige am Arbeitsort). Wegen der

System der Regionalprognosen

Verbindung der Teilmodelle



unterschiedlichen räumlichen Zuordnung ist darüber hinaus eine Vorausschätzung der Berufspendler erforderlich, um die (auf den Wohnort bezogene) Arbeitsmarktbilanz aufstellen zu können.

Die Prognose der Erwerbspersonen basiert auf extrapolierten altersgruppen- und geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten. Für die Vorausschätzung der Erwerbstätigen wird im nichtlandwirtschaftlichen Bereich eine Trendextrapolation der Beschäftigtenzahlen in tiefer wirtschaftssystematischer Gliederung nach über 100 Wirtschaftszweigen zugrunde gelegt. Bei der Schätzung der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft wird versucht, den ausgeprägten Strukturwandel durch eine Trendextrapolation der Zahl der Betriebe in den einzelnen Größenklassen zu berücksichtigen.

Schülerprognose

Wegen der besonderen Bedeutung des Bildungsbezugs für die Landespolitik wurde das Konzept einer regionalen Schülerprognose als erstes Anschlußmodell zur Bevölkerungsprognose realisiert. Die Schülerprognose deckt den Bereich der allgemeinbildenden Schulen nahezu vollständig ab und umfaßt Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien, Integrierte Gesamtschulen und Schulen für Lernbehinderte. Nicht einbezogen sind die übrigen Schulformen der Sonderschule, die Freien Waldorfschulen sowie der gesamte Bereich der berufsbildenden Schulen, der einer regionalen Prognose bei der gegebenen Datenlage praktisch nicht zugänglich ist. Da für Grundschulen und Sonderschulen feste Schulbezirke vorgeschrieben sind, die sich an den Verwaltungsgrenzen orientieren, und die Prognose bei diesen beiden Schularten mit der Bevölkerungsprognose verknüpft werden muß, bildet hier entsprechend dem allgemeinen Grundsatz der Kreis die kleinste regionale Einheit. Für Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien und Integrierte Gesamtschulen ist dagegen eine tiefere regionale Gliederung nach Schulorten und ihren Einzugsbereichen vorgesehen.

Auch zur Prognose des Schülerbestandes wird für die einzelnen Schularten mit Ausnahme der Sonderschulen ein Fortschreibungsverfahren verwendet, dessen Grundgedanke eine möglichst realitätsgetreue Abbildung der Modalitäten ist, nach denen die Schüler das Schulsystem durchlaufen. Ausgangspunkt ist der Schülerbestand nach Klassenstufen zu Beginn des Basisschuljahres, der um die Schülerabgänge am Schuljahresende verringert wird. Die verbleibenden Schüler rücken, sofern sie die Klassenstufe nicht wiederholen, in die nächsthöhere Klassenstufe vor. Zusammen mit den übrigen Zugängen und den Wiederholern dieser Klassenstufe ergibt sich damit ein neuer Ausgangsbestand am Beginn des folgenden Schuljahres. Dieser Prozeß wiederholt sich bis zum Ende des Prognosezeitraums. Übergänge, Zugänge, Abgänge und Wiederholer werden mit Hilfe entsprechender Quoten prognostiziert, die in der Regel als Durchschnittswerte der letzten drei Beobachtungsjahre ermittelt und im Prognosezeitraum konstant gehalten werden. Trendextrapolationen der Quoten sind nur in wenigen Ausnahmefällen vorgesehen.

Die Fortschreibung des vorhandenen Schülerbestandes muß in den Prognosejahren jeweils um die neu aufgenommenen Schüler der Eingangsstufe ergänzt werden. Bei den Grundschulen sind dies in der 1. Klassenstufe die Ersteinschulungen, bei den weiterführenden Schulen in der 5. Klassenstufe die Zugänge aus der 4. Klassenstufe der Grundschulen. Das Übergangsverhalten beim Wechsel in die Sekundarstufe I und die regionale Verteilung der Schüler auf deren Schulorte bilden eine entscheidende Schlüsselstelle des Modells.

Bei den Schulen für Lernbehinderte ist dieses Fortschreibungsverfahren nicht anwendbar, da keine Angaben über die Wiederholer vorliegen. Die Sonderschüler werden mittels sogenannter Strukturquoten prognostiziert, die den Anteil der Schüler eines bestimmten Altersjahrgangs an der Gesamtbevölkerung gleichen Alters darstellen.

Wesentliche Ergebnisse der Prognose sind neben den Schülerzahlen die Angaben über die Schulabgänger nach der Qualifikation (Art des Entlassungszeugnisses). Sie stellen wichtige Orientierungsdaten zur Beurteilung des regionalen Arbeitsmarktes dar und bilden darüber hinaus die Grundlage für Anschlußprognosen im tertiären Bildungsbereich.

Aktuelle Probleme

Diese realisierten Prognosemodelle, die teilweise bereits mehrfach überarbeitet wurden, können inzwischen als weitgehend ausgereift gelten. Gleichwohl sind Anpassungen notwendig, die auf Änderungen der realen Gegebenheiten, eine geänderte Datenlage oder zusätzliche Informationswünsche zurückgehen.

Den größten Unsicherheitsfaktor in der Bevölkerungsprognose bilden zur Zeit die Außenwanderungen, insbesondere die Zuzüge. Schon vor 1989 waren die Zuwanderungen aus dem Ausland und der damaligen DDR in starkem Maß von politischen Entscheidungen beeinflusst. Wegen dieser zufälligen Komponente, aber auch aus praktischen Erwägungen wurde die Extrapolation des Vergangenheitstrends der Zuzüge, gegliedert nach dem Geschlecht und vier Altersklassen, als Standardverfahren der Prognose gewählt. Nicht zuletzt auch in Anbetracht der relativ kleinen Fallzahlen konnte damit gerechnet werden, auf diese Weise die mittlere Zukunftsentwicklung einigermaßen zutreffend zu schätzen. Mit der Öffnung der Grenzen im Osten ist eine völlig neue Konstellation eingetreten, in der die üblichen Status-quo-Annahmen nicht mehr greifen. Ebenso wie andere Institutionen ist das Statistische Landesamt dazu übergegangen, die absolute Zahl der Zuzüge für die einzelnen Prognosejahre zu setzen. Die letzte Bevölkerungsprognose (Basisjahr 1991) orientierte sich dabei an der neuen Raumordnungsprognose der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, wobei im Hinblick auf die inzwischen bekannte aktuelle Entwicklung eine obere Variante gewählt wurde.

In der Bevölkerungsprognose noch nicht berücksichtigt sind die Konsequenzen der Verlegung des Regie-

rungssitzes nach Berlin und des Truppenabbaus bei der Bundeswehr. Obwohl sich hieraus in regionalen Schwerpunkten deutliche Bevölkerungsrückgänge ergeben können, reichen die verfügbaren Informationen für eine Prognose nicht aus.

Die Prognose des Arbeitskräftebedarfs basierte bisher auf einer eigenen Schätzung der Erwerbstätigenzahlen im Stützzeitraum. Nachdem aus dem Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ nunmehr amtliche Erwerbstätigenzahlen vorliegen, ist eine Abstimmung auf das Niveau der vergleichbaren Eckwerte notwendig. Allerdings ist die Datenbasis der Prognose wirtschaftsfachlich wesentlich tiefer gegliedert, so daß die Zahlen des Arbeitskreises weiter aufgeschlüsselt werden müssen.

Auch für die Arbeitsmarktprogno­se stellt der Abbau der deutschen wie der alliierten Streitkräfte einen erheblichen Unsicherheitsfaktor dar. Dies gilt zunächst unmittelbar für die Zahl der deutschen Soldaten und der Zivilbeschäftigten, insbesondere aber auch für die mittelbaren Auswirkungen auf die Beschäftigung in Branchen wie Handel und Baugewerbe, die von der Nachfrage des Militärs besonders begünstigt waren.

In der Schülerprognose schließlich sind die schulpolitischen Entwicklungen der letzten Jahre nachzuvollziehen. Die Regionalschulen müssen in das Prognosemodell einbezogen werden. Formal kann dies in Anlehnung an die Prognose der Integrierten Gesamtschulen realisiert werden. Wesentlich einschneidendere Folgen für das Modellkonzept hat die Forderung, für Zwecke der regionalen Schulentwicklungsplanung über die räumliche Gliederung hinaus die einzelne Schule als Darstellungseinheit in die Prognose einzuführen. Vor allem für den Grundschulbereich, der bisher nur auf Kreisebene prognostiziert wurde, bedeutet dies eine starke Ausweitung. Die methodischen Probleme bei der Prognose der Einschulungen, der Nahtstelle zwischen Bevölkerungs- und Schülerprognose, erscheinen zumindest formal lösbar.

Entwicklung weiterer Folgeprognosen

Der schon seit längerem geplante Ausbau des Prognosesystems kann nunmehr weiter vorangetrieben werden. Die Modellkonzeption für eine Kette von aufeinander aufbauenden Folgeprognosen ist zu entwickeln. Grundlage hierfür sind methodische Vorarbeiten, die der Arbeitskreis „Methoden regionalisierter Vorausschätzungen“ der Akademie für Raumforschung und Landesplanung in den 80er Jahren geleistet hat¹⁾.

Prognose der privaten Haushalte

Entscheidungen von sozialer, ökonomischer und politischer Bedeutung werden häufig nicht von Einzelpersonen, sondern von Gruppen (Familien oder privaten Haushalten) getroffen. Neben den Unternehmen und

dem Staat bilden die privaten Haushalte den dritten inländischen Sektor im Wirtschaftskreislauf. Als Konsumenten absorbieren sie etwa 60 % des Bruttosozialprodukts. Insbesondere das Nachfrageverhalten im Bereich langlebiger Konsumgüter, aber auch gruppenspezifischer Dienstleistungen wird von der Größe der Haushalte, ihrer Zusammensetzung und der Stellung im Lebenszyklus bestimmt. Auch für das staatliche Handeln, etwa in den Bereichen Sozialpolitik und Wohnungspolitik, sind die privaten Haushalte eine zentrale Größe.

Obwohl Haushaltsprognosen ein relativ junges Feld der demographischen Forschung bilden, gibt es bereits eine Vielzahl von methodischen Ansätzen. Gemeinsam ist den meisten Konzepten, daß sie mit einer Bevölkerungsprognose verbunden sind. Die Haushaltsprognose kann als Folgeprognose aus einer vorhandenen Bevölkerungsprognose abgeleitet sein. Daneben existieren aber auch Ansätze, die schon in der Bevölkerungsprognose die Auswirkung demographischer Prozesse auf die Haushaltsstruktur berücksichtigen, so daß Bevölkerung und private Haushalte simultan prognostiziert werden. Die Verknüpfung mit der Bevölkerung kann beim Individuum ansetzen, häufiger werden aber Aggregate (Bevölkerungsgruppen nach Geschlecht, Alter, Familienstand usw.) verwendet. Die Simulationsmodelle versuchen, die einzelnen Schritte der Familien- und Haushaltsbildung wie Heiraten, Geburten, Todesfälle, Scheidungen und Ablösung vom Elternhaus möglichst realitätsgetreu nachzuvollziehen. In anderen Modellen werden diese Komponenten global zum Verhaltensparameter „Haushaltsbildungsprozeß“ aggregiert. Im Ergebnis werden dann neue Haushaltsstrukturen ausgewiesen, ohne daß deren Zustandekommen erklärt wird.

Zu den Modellen dieses Typs gehört das Haushaltsvorstandsquotenverfahren, eines der ältesten Konzepte und das einzige, das bisher für Regionalprognosen verwendet wurde. Bei diesem Ansatz wird eine Person des Haushalts als dessen Vorstand definiert, die übrigen Personen werden durch ihre, meist verwandtschaftliche, Beziehung zu diesem Haushaltsvorstand beschrieben. Der Anteil der Haushaltsvorstände an einer Bevölkerungsgruppe mit gleichen demographischen Eigenschaften wird als Haushaltsvorstandsquote bezeichnet. Da die Zahl der Haushalte und der Haushaltsvorstände immer identisch ist, läßt sich die Zahl der Haushalte durch Multiplikation der Haushaltsvorstandsquoten mit den entsprechenden Bevölkerungsgruppen aus einer Bevölkerungsprognose vorausschätzen. Dabei werden die Haushalte in der Regel nach ihrer Mitgliederzahl und nach demographischen Merkmalen des Haushaltsvorstands, wie Geschlecht und Alter, differenziert.

Die Prognose der Haushaltsvorstandsquoten wird meist als Trendextrapolation aus der Vergangenheitsentwicklung abgeleitet. Dies hat den Nachteil, daß die Beziehungen zwischen der Bevölkerungsprognose und dem Haushaltsbildungsprozeß vernachlässigt werden. Die Annahmen zur Fertilität, zur Mortalität und zur Mobilität haben immer auch Konsequenzen für die Zahl und die Struktur der Haushalte. Da es schwierig ist, diese Zusammenhänge modellendogen zu berücksichtigen und in die Prognose der Haushaltsvorstandsquoten ein-

1) Vgl.: Akademie für Raumforschung und Landesplanung: Regionalprognosen - Methoden und ihre Anwendung, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 175, Hannover 1988.

fließen zu lassen, muß die Haushaltsprognose in einem rein mechanischen Verfahren mit der Bevölkerungsprognose kompatibel gemacht werden.

Wohnungsbedarfsprognose

Die Wohnflächennachfrage wird von demographischen und ökonomischen Faktoren bestimmt. Neben der Zahl der privaten Haushalte ist auch deren Größenstruktur von Bedeutung, weil kleine Haushalte im Durchschnitt einen höheren Pro-Kopf-Wohnflächenverbrauch aufweisen als große Haushalte. Wichtig ist ferner die Unterscheidung von Hauptmieter- und Eigentümerhaushalten, weil diese beiden Gruppen ein unterschiedliches Nachfrageverhalten zeigen. Für die Wohnungsbedarfsprognose sind daher zunächst die Eigentümerhaushalte mit Hilfe des Verhaltensparameters „Eigentümerquote“ zu schätzen. Die Zahl der zur Miete wohnenden Haushalte ergibt sich als Differenz zwischen der Gesamtheit der Haushalte und den Eigenheimbewohnern. Zur Ermittlung der Hauptmieterhaushalte muß außerdem die Zahl der Untermieterhaushalte berücksichtigt werden. Der künftige Wohnflächenbedarf ergibt sich schließlich durch Multiplikation des spezifischen Flächenkonsums der einzelnen Haushaltsgruppen mit der prognostizierten Zahl der zugehörigen Haushalte.

Der Einfluß ökonomischer Determinanten, also der Einkommens- und Preisentwicklung, auf die Wohnflächennachfrage wird in Prognosemodellen für größere Gebietseinheiten teilweise explizit berücksichtigt. Wegen der damit verbundenen Probleme, die das Erfordernis einer Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung einschließen, sollte hiervon in einer Kreisprognose abstrahiert werden. Durch Variation der Annahmen über den Pro-Kopf-Verbrauch an Wohnfläche sind diese Faktoren gegebenenfalls implizit zu berücksichtigen.

Die Nettoveränderung der Wohnflächennachfrage ergibt sich durch den Vergleich der nachgefragten Wohnflächen für zwei aufeinanderfolgende Zeitpunkte. Zu berücksichtigen ist ferner, daß der vorhandene Wohnungsbestand ständig durch Abrisse und Umwidmungen sowie Umwandlungen von Mietwohnflächen in Wohneigentum verändert wird. Für Abrisse und Umwidmungen muß bei bestehender Nachfrage Ersatz geschaffen werden, so daß sich die Nettoveränderung der Wohnflächennachfrage entsprechend erhöht.

Flächenbedarfsprognose

Der Bedarf an zusätzlicher Siedlungsfläche, oft auch als Landschaftsverbrauch bezeichnet, umfaßt das Wohnbauland einschließlich der Folgeflächen, die gewerblich und industriell genutzten Flächen sowie die Flächen für den überörtlichen Verkehr. Für diese Komponenten sind jeweils eigene Modellansätze zu verwenden.

Der Zusammenhang zwischen Wohnflächen- und Baulandnachfrage wird hergestellt, indem zunächst die

Wohnfläche auf die Geschoßfläche umgerechnet wird, die neben der Wohnfläche die gebäudetypischen Konstruktions- und Erschließungsflächen (Grundflächen von Wänden, Treppen, Flure usw.) umfaßt. Dies geschieht mit Hilfe eines vorwiegend bautechnisch erklärbaren Konstruktionsfaktors, der eine große zeitliche und regionale Stabilität aufweist. Im nächsten Schritt wird aus dem Verhältnis von Geschoßfläche und Bebauungsdichte auf die Grundstücksfläche geschlossen. Zum Wohnbauland gehören neben den Grundstücksflächen auch die Flächen zur inneren Erschließung der Grundstücke (Verkehrsflächen), deren Größe von der Bebauungsdichte abhängt; dabei wächst die Verkehrsfläche mit sinkender Bebauungsdichte. Der Bedarf an Folgeflächen (Grünflächen, Friedhöfe, Sport- und Spielanlagen, Anlagen der Versorgung und Entsorgung) kann mit Hilfe einwohnerspezifischer Richtwerte für die einzelnen Nutzungsarten geschätzt werden.

Für die Prognose des Flächenbedarfs der gewerblichen Wirtschaft erscheint eine Anbindung an die Erwerbstätigenprognose möglich. Mit Hilfe branchenspezifischer Flächenbedarfswerte je Erwerbstätigen kann so der künftige Flächenbedarf für gewerbliche Zwecke abgeleitet werden.

Zur überörtlichen Verkehrsfläche zählen Eisenbahn- und Luftverkehrsanlagen sowie die überörtlichen Straßen. Ein zusätzlicher Flächenbedarf entsteht in der Regel nur bei längerfristig zu planenden Einzelprojekten, so daß die Auswertung bestehender Planungen für die Prognose herangezogen werden kann.

Anzumerken ist, daß eine Vielzahl von Größen, die auf den Siedlungsflächenbedarf einwirken, in einem regionalisierten Modellansatz nicht explizit einbezogen werden kann. Dies gilt insbesondere für die Bodenpreise, aber beispielsweise auch für Merkmale des Wohnumfeldes. Der Einfluß solcher Faktoren kann nur bei Kenntnis der örtlichen Verhältnisse in angemessener Weise berücksichtigt werden. Die Flächenbedarfsprognose ist daher so zu konzipieren, daß dem Benutzer entsprechende Eingriffsmöglichkeiten eröffnet werden.

Statistisch-prognostisches Berichtssystem

Mit der Fortentwicklung des Prognosesystems sollen auch die Bemühungen verstärkt werden, die Ergebnisse der recht kostenintensiven Prognosetätigkeit des Statistischen Landesamtes an die potentiellen Nutzer heranzutragen. Zu denken ist dabei zunächst an eine regelmäßige zusammenfassende Veröffentlichung der Eckdaten aus den Teilprognosen, die eine Kommentierung der Prognoseergebnisse und der Ausgangsdaten einschließt. Ferner kann ein Bestand von Prognosedaten in das Landesinformationssystem aufgenommen werden. Das Konzept des statistisch-prognostischen Berichtssystems ist in enger Zusammenarbeit und Abstimmung mit den Konsumenten zu entwickeln.

Diplom-Volkswirt Hans Libowitzky

Ältere Menschen – Langfristige Entwicklungstendenzen

Die Zahl älterer Menschen wird in den nächsten Jahren kräftig zunehmen. Diese Entwicklung wird Konsequenzen für viele gesellschaftliche Bereiche haben. Der Bedarf an Einrichtungen der Altenhilfe, der Altenpflege sowie in der medizinischen Versorgung wird dadurch wachsen. Aber auch die bestehenden Systeme der Alterssicherung und der Krankenversicherung werden dadurch einschneidenden Veränderungen unterworfen.

Dieser Beitrag zeigt die voraussichtliche Entwicklung für Rheinland-Pfalz bis zum Jahr 2030 sowie in den Landkreisen und kreisfreien Städten des Landes bis zum Jahr 2006 auf. Dabei wird auch die Frage nach der Zuverlässigkeit von Bevölkerungsprognosen erörtert.

Immer mehr ältere Menschen

Von 1950 bis 1990 ist die Anzahl der Personen, die 65 Jahre oder älter sind, von gut 280 000 kontinuierlich auf knapp 600 000 angewachsen. Diese Tendenzen werden auch in Zukunft anhalten. So errechnet die aktuelle Bevölkerungsprognose auf der Basis des Jahres 1991 für die Jahrtausendwende gut 680 000 und für das Jahr 2030 mehr als 870 000 Menschen in der genannten Altersgruppe. Damit steigt der Anteil dieser Altersgruppe von derzeit 15,9 % auf 16,7 % im Jahr 2000 und 24,4 % im Jahr 2030.

Diese Altersstrukturveränderungen kommen auch in der Entwicklung der sogenannten Belastungsquoten zum Ausdruck. Dabei wird nach der Bevölkerung im erwerbsfähigen und im nicht erwerbsfähigen Alter unterschieden. Für langfristige Vergleichszwecke zählt man derzeit in der Regel pauschal die 20- bis unter

65jährigen zu den Erwerbsfähigen. Danach sind die unter 20jährigen noch nicht erwerbsfähig und Personen ab 65 Jahren nicht mehr erwerbsfähig. Die Belastungsquote ist die Zahl der Personen im nichterwerbsfähigen Alter bezogen auf 1 000 Personen im erwerbsfähigen Alter. Es wird eine Jugend- und eine Altenbelastungsquote unterschieden; die Gesamtbelastungsquote ist die Summe dieser beiden Größen.

Die Gesamtbelastungsquote hielt sich schon in den Jahren vor 1960 auf einem Niveau von knapp 700 und erreichte in den 70er Jahren Werte über 800. Sie hat derzeit mit weniger als 600 ihren niedrigsten Stand und wird nach der Prognose bis zum Jahr 2030 auf deutlich über 700 ansteigen. So gesehen läßt die zukünftige Entwicklung wenig Dramatisches erwarten, wurden doch die prognostizierten Werte in der Vergangenheit schon deutlich übertroffen.

Ein ganz anderes Bild ergibt sich jedoch, wenn man allein die Entwicklung der Altenbelastungsquote betrachtet. Dieser Wert, der in den 50er Jahren noch rund 160 betrug, bewegt sich heute auf einem Niveau von 250 und wird kontinuierlich kräftig weiter steigen. Für die erste Dekade des neuen Jahrtausends werden bereits Werte über 300 und für das Jahr 2030 deutlich über 400 erwartet. Die Relation der aus dem Erwerbsleben ausgeschiedenen Personen zu den im Erwerbsleben stehenden, die für die Systeme der Altersversorgung von Interesse ist, verschlechtert sich also eklatant.

Zahl der über 90jährigen verdoppelt sich

Die älteren Menschen, die hier mit dem Alter 65 Jahre und älter abgegrenzt wurden, stellen keineswegs eine in

Altersstruktur der Bevölkerung und Belastungsquoten 1950 bis 2030¹⁾

Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon im Alter von . . . Jahren						Belastungsquoten		
		unter 20	20 - 65	65 u. älter	unter 20	20 - 65	65 u. älter	unter 20	65 u. älter	insgesamt
		Anzahl			%			je 1000 Personen im Alter 20 - 65		
1950	3 004 752	938 099	1 785 050	281 603	31,2	59,4	9,4	526	158	683
1955	3 304 875	1 025 711	1 961 559	317 605	31,0	59,4	9,6	523	162	685
1961	3 417 116	1 029 070	2 028 679	259 367	30,1	59,4	10,5	507	177	684
1965	3 581 993	1 133 679	2 033 912	414 402	31,6	56,8	11,6	557	204	761
1970	3 645 437	1 167 667	2 006 537	471 233	32,0	55,0	12,9	582	235	817
1975	3 665 777	1 093 004	2 035 141	537 632	29,8	55,5	14,7	537	264	801
1980	3 642 482	982 064	2 090 206	570 212	27,0	57,4	15,7	470	273	743
1985	3 615 049	835 033	2 233 448	546 568	23,1	61,8	15,1	374	245	619
1990	3 763 510	791 489	2 374 743	597 278	21,0	63,1	15,9	333	252	585
1991	3 821 235	804 473	2 409 229	607 533	21,1	63,0	15,9	334	252	586
1995	3 985 453	868 019	2 471 212	646 222	21,8	62,0	16,2	351	262	613
2000	4 099 602	910 836	2 505 444	683 322	22,2	61,1	16,7	364	273	637
2005	4 147 259	904 312	2 489 626	753 321	21,8	60,0	18,2	363	303	666
2010	4 078 002	830 178	2 493 371	754 453	20,4	61,1	18,5	333	303	636
2015	3 969 949	744 237	2 468 796	756 916	18,7	62,2	19,1	301	307	608
2020	3 854 217	686 476	2 388 189	779 552	17,8	62,0	20,2	287	326	613
2025	3 726 599	656 254	2 252 094	818 251	17,6	60,4	22,0	291	363	654
2030	3 580 306	632 649	2 073 641	874 016	17,7	57,9	24,4	305	421	726

1) 1950, 1961 und 1970; Ergebnisse der Volkszählung.

Bevölkerung 1991 bis 2030 nach Alter und Geschlecht

Alter in Jahren	1991	2000	2005	2010	2015	2020	2025	2030
Anzahl								
unter 65	3 213 702	3 416 280	3 393 938	3 323 549	3 213 033	3 074 665	2 908 348	2 706 290
65 und älter	607 533	683 322	753 321	754 453	756 916	779 552	818 251	874 016
65 – 70	200 982	208 707	252 661	202 818	216 257	242 139	262 886	284 779
70 – 75	138 831	185 852	184 854	222 432	177 743	190 125	212 554	230 800
75 – 80	118 552	146 552	150 929	149 610	179 800	142 988	153 860	171 547
80 – 85	91 466	72 870	102 797	104 335	103 393	124 030	97 679	106 433
85 – 90	42 907	48 035	40 234	55 053	55 097	54 763	65 523	50 913
90 und älter	14 795	21 306	21 846	20 205	24 626	25 507	25 749	29 544
Insgesamt	3 821 235	4 099 602	4 147 259	4 078 002	3 969 949	3 854 217	3 726 599	3 580 306
1991 = 100								
unter 65	100	106,3	105,6	103,4	100,0	95,7	90,5	84,2
65 und älter	100	112,5	124,0	124,1	124,6	128,3	134,7	143,9
65 – 70	100	103,8	125,7	100,9	107,6	120,5	130,8	141,7
70 – 75	100	133,9	133,2	160,2	128,0	136,9	153,1	166,2
75 – 80	100	123,6	127,3	126,2	151,7	120,6	129,8	144,7
80 – 85	100	79,7	112,4	114,1	113,0	135,6	106,8	116,4
85 – 90	100	112,0	93,8	128,3	128,4	127,6	152,7	118,7
90 und älter	100	144,0	147,7	136,6	166,4	172,4	174,0	199,7
Insgesamt	100	107,3	108,5	106,7	103,9	100,9	97,5	93,7
Männer je 1 000 Frauen								
unter 65	1 049	1 068	1 066	1 064	1 060	1 056	1 052	1 049
65 und älter	541	648	697	715	732	744	757	769
65 – 70	673	905	897	898	921	918	923	929
70 – 75	577	777	819	816	817	839	835	840
75 – 80	502	522	684	724	721	721	742	738
80 – 85	424	423	434	568	601	598	596	616
85 – 90	359	324	328	337	442	466	463	461
90 und älter	298	264	255	254	265	330	357	363
Insgesamt	947	984	987	989	988	984	979	973

sich homogene Gruppe dar. So wird sich ein rüstiger, gerade in den Ruhestand getretener Rentner sicherlich nicht pauschal den „Alten“ zuordnen lassen wollen. Andererseits kann eine hochbetagte 90jährige, die bereits den 1. Weltkrieg miterlebt hat, auf eine ganz andere Lebenserfahrung zurückblicken und wird auch eine ganz andere Form der Lebensführung praktizieren.

Der Heterogenität dieser Altersgruppe wird durch eine Untergliederung Rechnung getragen. Danach zeichnet sich eine besonders eklatante Entwicklung bei den über 90jährigen ab, deren Zahl bereits innerhalb von 10 Jahren um 50 % steigen wird und im Jahr 2030 doppelt so groß sein wird wie heute.

Überdurchschnittlich zunehmen werden auch die 70- bis 75jährigen, während die Wachstumsrate bei den 80- bis 90jährigen relativ klein ist. Für die 80- bis 85jährigen werden sogar vorübergehend deutlich rückläufige Zahlen vorhergesagt.

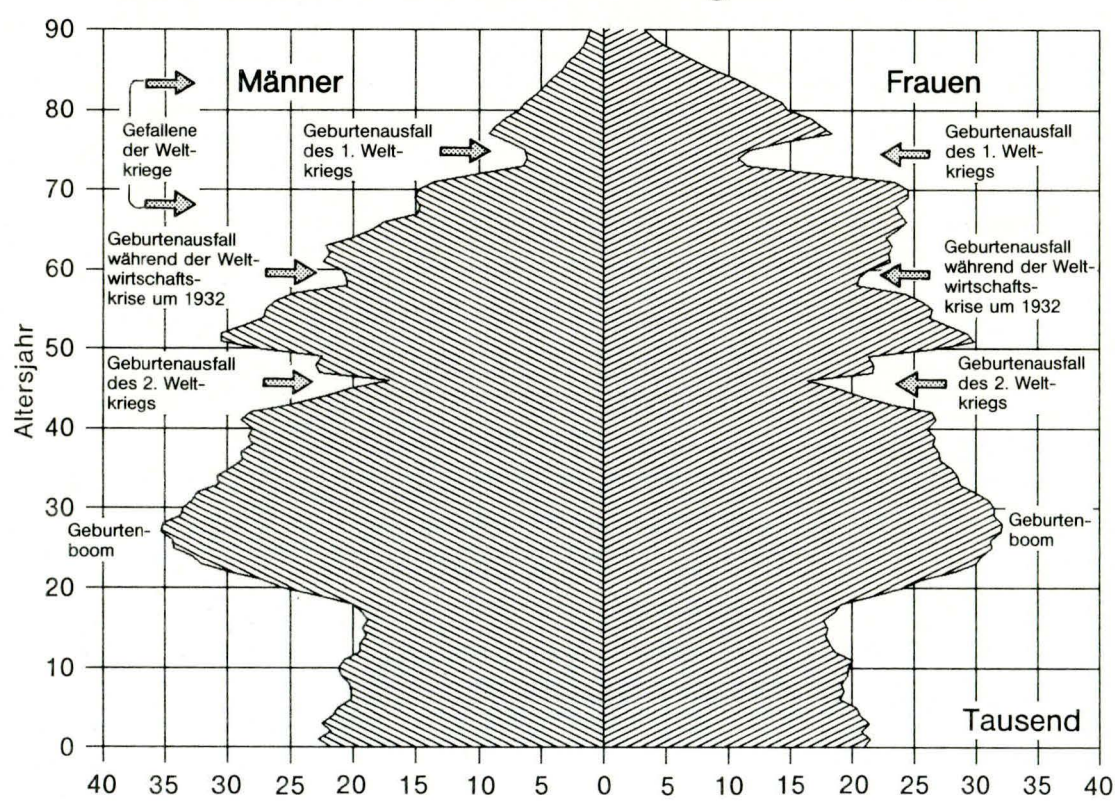
Gegenwärtige Altersstruktur bestimmt zukünftige Entwicklung

Die unterschiedliche Entwicklung einzelner Altersklassen ergibt sich durch den gegenwärtigen sehr unregelmäßigen Altersaufbau der Bevölkerung. In der Darstellung des Bevölkerungsbaums sind die durch Weltkriege und Wirtschaftskrise bedingten Strukturen klar erkennbar. Auch der Geburtenboom der 60er Jahre ist hier deutlich abzulesen.

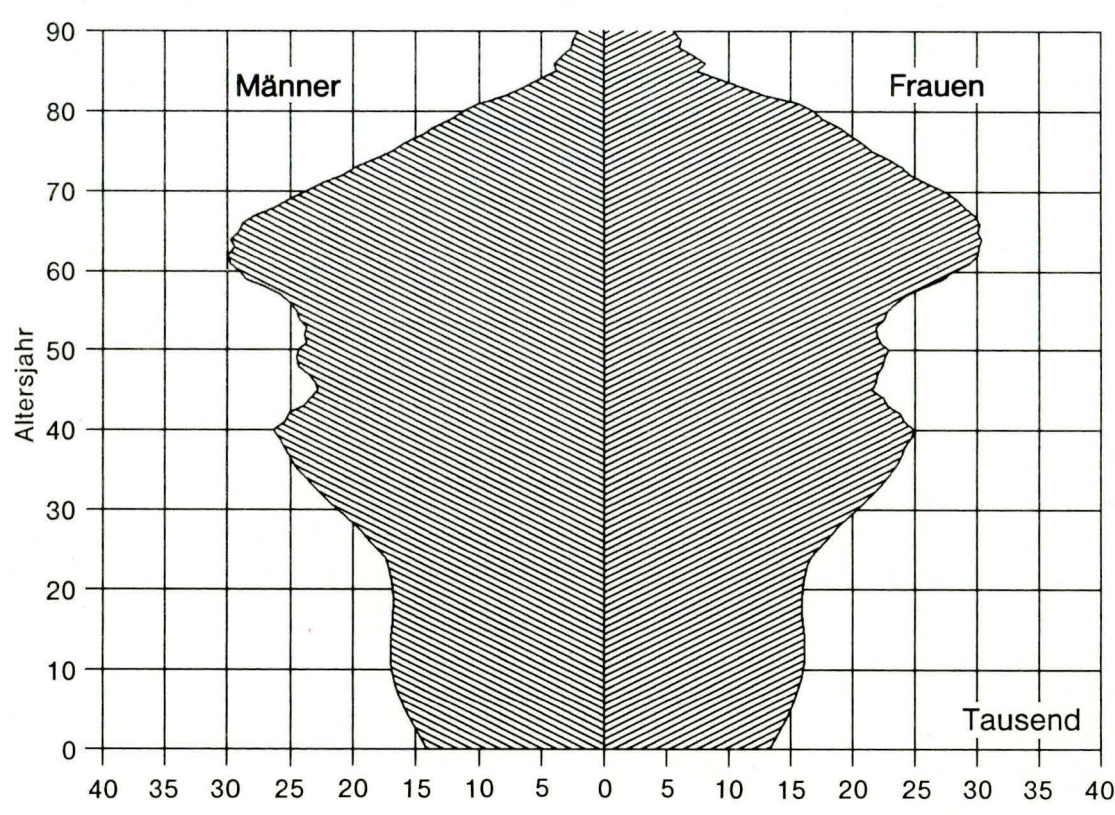
Die im derzeitigen Bevölkerungsbaum auffälligen Einschnitte bei den Mitte 40jährigen, den Ende 50jährigen sowie den Mitte 70jährigen sind bei der in Zukunft zu erwartenden Anzahl älterer Menschen von Bedeutung. Sie wachsen im Zeitablauf kontinuierlich nach oben und bestimmen entscheidend die zukünftigen Besetzungszahlen der einzelnen Altersjahrgänge.

So wird beispielsweise auch plausibel, warum es im Jahr 2000 gegenüber heute 20 % weniger 80- bis 85jäh-

Altersaufbau der Bevölkerung im Jahr 1991



Altersaufbau der Bevölkerung im Jahr 2030



rige geben wird, da diese Jahrgänge durch den Geburtenausfall des 1. Weltkriegs entsprechend schwach besetzt sind.

Auch die anderen Altersgruppen, die alle einem langfristig steigenden Trend unterliegen, zeigen vorübergehend rückläufige Entwicklungen. Die Ursache hierfür ist, daß die erwähnten schwach besetzten Geburtsjahrgänge die entsprechenden Altersgruppen durchlaufen.

Gestiegene Lebenserwartung

Ursache für die grundsätzliche Zunahme der Zahl älterer Menschen ist in erster Linie der Anstieg der Lebenserwartung. So weist die allgemeine Sterbetafel 1970/72 für einen neugeborenen Knaben noch eine Lebenserwartung von 67,0 Jahren und für ein neugeborenes Mädchen von 73,6 Jahren aus; 1986/88 liegen diese Werte schon bei 72,0 bzw. 78,6 Jahren. In den letzten 100 Jahren hat sich die Lebenserwartung nahezu verdoppelt.

Aber auch die fernere Lebenserwartung in den höheren Altersjahren ist gestiegen. So haben gegenüber den Sterblichkeitsverhältnissen von 1970/72 50jährige Frauen 3,29 und 50jährige Männer 2,43 Jahre hinzugewonnen. Bei den 60jährigen sind es 2,96 bzw. 2,20 Jahre und bei den 70jährigen 2,37 bzw. 1,39 Jahre. Danach fällt der Gewinn an Lebenserwartung mit zunehmendem Alter immer geringer aus.

Den größten Beitrag zur gestiegenen Lebenserwartung leistete in der Vergangenheit die erheblich gesunkene Säuglingssterblichkeit. Vergleiche mit anderen Ländern zeigen, daß diese Entwicklung einem natürlichen Sättigungspunkt zustrebt, eine weitere Senkung in größerem Ausmaß also offensichtlich nicht mehr möglich ist. Für die künftige Entwicklung wird insbesondere bei den älteren Menschen von einer weiter rückläufigen Sterblichkeit ausgegangen.

Für das Anwachsen der Anzahl älterer Menschen ist neben der zunehmenden Lebenserwartung noch ein weiterer Faktor von Bedeutung. Die durch Kriegsverluste und Geburtenausfälle geprägten Jahrgänge werden in Zukunft allmählich aussterben und durch entsprechend stärker besetzte Jahrgänge ersetzt werden.

Schließlich wächst langfristig gesehen auch die derzeit stark besetzte Altersgruppe der 25- bis 35jährigen, die im Boom der 60er Jahre geboren wurden, in das Rentenalter und verursacht einen Wachstumsschub in der Altersgruppe der älteren Menschen.

Geschlechterrelation verändert sich

Da stets mehr Knaben als Mädchen geboren werden, überwiegt trotz der höheren Sterblichkeit des männlichen Geschlechts die Zahl der Männer die der Frauen bis zu einem Alter von derzeit 58 Jahren. Auf die gesamte Gruppe der unter 65jährigen bezogen kommen auf 1 000 weibliche rund 1 050 männliche Personen. Diese Relation wird sich im gesamten Prognosezeitraum bis zum Jahr 2030 nur unwesentlich ändern.

Erhebliche Verschiebungen sind hingegen bei den über 65jährigen zu erwarten. Die Anzahl der Männer je 1 000 Frauen wird dort innerhalb der 40 Prognosejahre von rund 540 auf knapp 770 steigen. Die Ursache für diese Entwicklung ist darin zu sehen, daß durch die Kriegsverluste bedingt, entsprechende Jahrgänge der Männer relativ schwach besetzt sind. Diese Besonderheit des gegenwärtigen Bevölkerungsbaums normalisiert sich im Zeitablauf allmählich und bewirkt eine Veränderung der Geschlechterrelation zugunsten der Männer.

Geschlechtsspezifische Betrachtungen sind insbesondere bei den Ältesten von Bedeutung. Wegen der höheren Lebenserwartung der Frauen nimmt der Frauenüberschuß in der älteren Bevölkerung mit zunehmendem Alter erheblich zu. Während auf 1 000 Frauen im Alter von 65 bis 70 Jahren noch über 670 Männer kommen, gibt es bei den 75- bis 80jährigen schon doppelt so viele Frauen wie Männer. In der Altersgruppe der über 90jährigen sind schließlich fast 80 % Frauen.

Die größten Veränderungsraten zugunsten der Männer sind bei den 70- bis 85jährigen zu erwarten. Dort steigt die Geschlechterrelation von gut 500 auf mehr als 750.

Ältere Menschen leben häufig allein

Trotz einer Verbesserung der Geschlechterrelation wird auch in Zukunft die Zahl der älteren Frauen die der Männer deutlich übersteigen. Dadurch sind viele Frauen vom Schicksal des Alleinseins im hohen Alter betroffen.

Dies zeigt sich auch bei einer Betrachtung der Haushaltszusammengehörigkeit nach dem Alter. So leben nur 13 % der Gesamtbevölkerung, jedoch mehr als die Hälfte der über 75jährigen, in Einpersonenhaushalten. Besonders häufig sind davon aufgrund der höheren Lebenserwartung die Frauen betroffen; 2 von 3 Frauen in diesem Alter leben allein.

Mit den Lebensumständen älterer Menschen wird sich ein spezieller Beitrag in einem der folgenden Statistischen Monatshefte befassen.

Regionale Entwicklungen

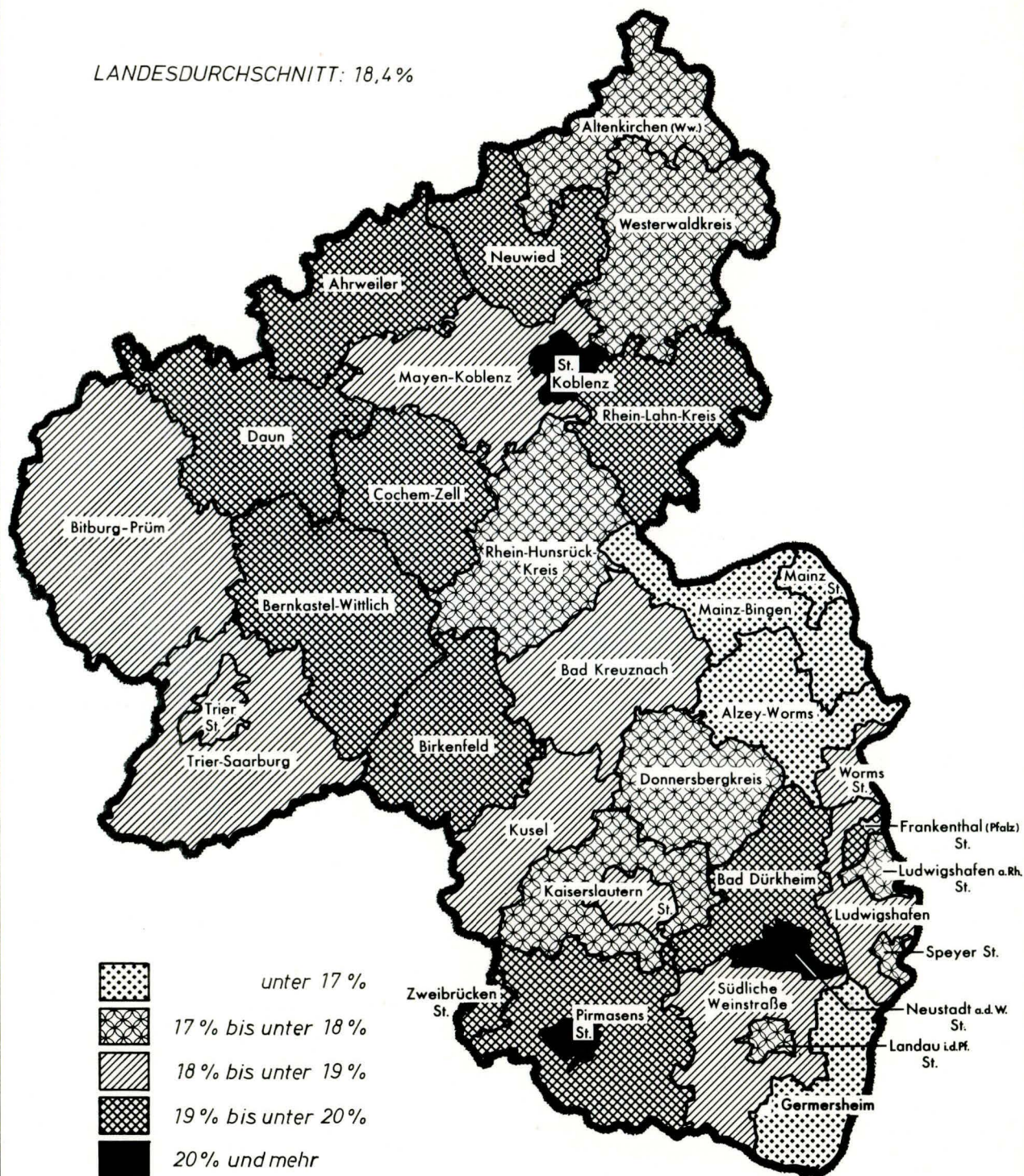
Die regionale Verteilung der Altersstruktur zeigt insgesamt ein relativ ausgewogenes Verhältnis. Der Anteil der über 65jährigen ist in den Städten Koblenz, Pirmasens, Neustadt an der Weinstraße und Zweibrücken besonders groß. Am geringsten ist er hingegen in den Landkreisen Germersheim, Ludwigshafen und Mainz-Bingen.

Die Bevölkerungsprognose, die in regionaler Untergliederung nur für einen Zeitraum von 15 Jahren, also bis zum Jahr 2006 erfolgt, zeigt hier leichte Verschiebungen im Prognosezeitraum. Danach gehört im Endjahr der Prognose beispielsweise auch die Universitätsstadt Mainz zu der Gruppe mit den geringsten Anteilen älterer Menschen.

Bevölkerung im Alter von 65 Jahren und älter im Jahr 2006

Anteil an der Gesamtbevölkerung

LANDESDURCHSCHNITT: 18,4 %



Zuverlässige Prognose

Prognosen sind stets mit gewissen Unsicherheitsfaktoren behaftet, da die zu prognostizierenden Größen in aller Regel durch ein äußerst vielfältiges System von Einflußfaktoren bestimmt werden.

Relativ zuverlässige Aussagen sind hingegen im Rahmen einer Bevölkerungsprognose für die älteren Menschen möglich. Diese Personen, über deren zukünftige zahlenmäßige Entwicklung eine Aussage gemacht wird, leben bereits heute, sind also von den Annahmen über die künftige Geburtenentwicklung nicht betroffen. Annahmen über die Zahl der Sterbefälle, die bei den höheren Altersjahren relativ groß ist, sind vergleichsweise unproblematisch, da die Entwicklung der Sterb-

lichkeit im Zeitablauf eine große Kontinuität in Richtung einer leicht zunehmenden Lebenserwartung zeigt, die sicherlich auch für eine Prognose unterstellt werden kann. Schließlich sind ältere Menschen im Hinblick auf eine Verlagerung ihres Wohnsitzes als weniger mobil einzustufen, sind also von der Entwicklung der vergleichsweise unsicheren Wanderungsströme relativ wenig betroffen.

Zur quantitativen Absicherung dieser Aussagen wurden Modellrechnungen vorgenommen. Naturgemäß sind ältere Menschen von einer Variation der Fruchtbarkeitsziffern nicht berührt; es ändert sich dadurch lediglich deren Anteil an der Gesamtbevölkerung.

Aber auch eine Veränderung der Eingabewerte für die Sterbeziffern zeigt nur relativ geringe Auswirkungen.

Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Bevölkerung								
	1991			2000			2006		
	insgesamt	65 Jahre und älter	75 Jahre und älter	insgesamt	65 Jahre und älter	75 Jahre und älter	insgesamt	65 Jahre und älter	75 Jahre und älter
	Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%	
Kreisfreie Stadt Koblenz	109 046	18,3	8,3	110 381	18,8	8,7	109 372	20,6	9,1
Landkreise									
Ahrweiler	118 344	17,7	8,1	130 999	17,9	8,0	134 811	19,5	8,4
Altenkirchen (Ww.)	128 655	15,8	6,9	141 069	16,3	6,8	144 416	17,8	7,3
Bad Kreuznach	150 934	17,0	7,6	160 876	17,3	7,7	163 107	18,9	8,1
Birkenfeld	87 927	17,0	7,4	91 795	18,1	7,6	91 789	19,9	8,4
Cochem-Zell	63 045	17,1	7,3	66 793	17,8	7,6	67 466	19,7	8,2
Mayen-Koblenz	196 474	15,7	6,9	209 868	16,7	7,1	213 140	18,7	7,7
Neuwied	166 388	16,9	7,5	182 549	17,4	7,5	187 278	19,0	8,0
Rhein-Hunsrück-Kreis	96 177	16,7	7,4	106 923	16,5	7,4	110 304	17,8	7,7
Rhein-Lahn-Kreis	122 851	17,6	7,8	133 724	17,5	7,8	136 139	19,1	8,1
Westerwaldkreis	182 754	15,1	6,6	202 055	15,7	6,5	208 044	17,4	7,1
Kreisfreie Stadt Trier	98 752	17,8	7,9	103 531	17,6	8,1	103 283	18,4	8,4
Landkreise									
Bernkastel-Wittlich	109 339	16,8	7,4	113 653	17,8	7,7	113 780	19,4	8,4
Bitburg-Prüm	92 253	16,5	7,1	95 905	17,6	7,4	95 754	18,8	8,2
Daun	59 824	17,3	7,4	64 306	18,3	7,9	65 034	19,9	8,6
Trier-Saarburg	128 887	14,3	6,0	134 509	16,2	6,5	134 475	18,2	7,5
Kreisfreie Städte									
Frankenthal (Pfalz)	47 087	15,3	6,7	49 104	17,4	7,0	48 473	19,8	8,1
Kaiserslautern	100 541	17,1	7,5	102 768	17,5	7,6	101 575	18,8	8,0
Landau i. d. Pfalz	37 985	17,3	7,9	40 646	17,2	7,7	41 111	18,6	8,2
Ludwigshafen a. Rhein	165 368	15,3	6,9	174 317	16,2	6,6	174 003	17,9	7,2
Mainz	182 867	14,7	6,8	195 672	15,0	6,5	196 781	16,9	6,9
Neustadt a. d. Weinstr.	52 687	19,1	9,0	56 601	18,8	8,6	57 758	20,3	9,0
Pirmasens	47 801	18,8	8,7	46 787	20,3	8,2	45 557	21,9	9,3
Speyer	47 456	15,8	7,2	52 339	16,3	7,2	53 454	17,9	7,7
Worms	77 429	16,8	7,8	82 443	17,1	7,5	83 023	18,5	8,0
Zweibrücken	34 645	18,1	8,0	36 397	18,4	8,0	36 455	19,9	8,5
Landkreise									
Alzey-Worms	107 672	14,4	6,2	120 906	14,9	6,2	125 240	16,2	6,7
Bad Dürkheim	126 313	15,9	6,9	135 705	17,3	7,2	137 349	19,4	8,1
Donnersbergkreis	71 377	15,3	6,7	78 431	16,3	6,8	80 492	17,6	7,6
Germersheim	112 059	11,6	4,9	124 572	13,2	4,9	127 320	15,4	5,7
Kaiserslautern	102 701	15,3	6,5	113 475	16,3	6,6	116 250	17,8	7,4
Kusel	77 732	16,5	6,9	81 868	17,6	7,3	82 664	18,9	8,1
Südliche Weinstraße	102 525	15,6	6,9	109 224	16,9	6,9	109 900	18,9	7,8
Ludwigshafen	137 426	13,5	5,8	149 085	15,4	5,7	151 674	18,1	6,7
Mainz-Bingen	175 529	13,6	6,0	193 273	14,2	5,8	197 795	16,4	6,4
Pirmasens	102 385	14,8	6,2	107 053	17,1	6,3	107 492	19,2	7,4
Rheinland-Pfalz	3 821 235	15,9	7,0	4 099 602	16,7	7,0	4 152 558	18,4	7,7

So verursacht eine Variation der Sterbeziffern um $\pm 5\%$ innerhalb von 10 Jahren eine Veränderung in der Altersgruppe 65 Jahre und älter von lediglich rund 20 000 Personen im letzten Jahr der Prognose, das sind etwa 2,5 %. Der Unsicherheitsspielraum für die künftige Entwicklung dürfte kaum außerhalb dieser angenommenen Variationsbreite liegen.

Schließlich bleibt noch zu untersuchen, welchen Einfluß das Wanderungsgeschehen auf die Zahl älterer Menschen hat. Neben einer Bevölkerungsprognose mit Berücksichtigung der Wanderungen wird zum Nachweis von Ergebnissen auf Verbandsgemeindeebene regelmäßig auch eine Prognose ohne Wanderungsannahmen erstellt. Ein Vergleich der Ergebnisse auf Landesebene zeigt, daß Unterschiede zwischen beiden Prognosevarianten in der Altersgruppe 65 Jahre und

älter mit gut 9 % wesentlich geringer zu Buche schlagen als bei der Gesamtbevölkerung (nahezu 18 %).

Auch bei einer Betrachtung der Altersstruktur der für eine Prognose mit besonders großen Unsicherheiten behafteten Zuzüge aus dem Ausland zeigt sich ein besonders geringer Anteil älterer Menschen. So waren 1991 nur 1,3 % der Männer und 3,7 % der Frauen dieser Altersgruppe zuzurechnen.

Zusammenfassend kann man sagen, daß eine Bevölkerungsprognose für die älteren Menschen als vergleichsweise zuverlässig eingestuft werden kann. Die zu erwartenden Belastungen für die Altenheimen, die medizinische Versorgung und die Rentenversicherung sind damit absehbar.

Diplom-Ökonom Günter Ickler

1 %-Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993

Die im Jahre 1987 zusammen mit der Volkszählung durchgeführte Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ) beschränkte sich auf wenige Eckdaten über den Gebäude- und Wohnungsbestand. In Verbindung mit den bevölkerungsstatistischen Angaben konnten Ergebnisse über die Gesamtsituation der Wohnungsversorgung – auch in regionaler Gliederung – bereitgestellt werden. Bei der Festlegung dieses Fragenprogramms bestand bei den zuständigen Stellen bereits die Absicht, in verhältnismäßig kurzem Abstand nach dem Zensus, eine erneute Befragung mit einem weitaus detaillierteren Erhebungskatalog auf Stichprobenbasis vorzunehmen. Hierzu war zunächst das Jahr 1990 ausgewählt worden.

Bedingt durch die zwischenzeitlich eingetretenen politischen Veränderungen in Deutschland kam es zu einer Verschiebung der geplanten Erhebung in das Jahr 1993. In dem „Gesetz über gebäude- und wohnungsstatistische Erhebungen (Wohnungstatistikgesetz – WoStatG) vom 18. März 1993 (BGBl. I S. 337)“ ist festgehalten, daß in allen 16 Bundesländern mit Stichtag 30. September 1993 eine 1 %-Gebäude- und Wohnungsstichprobe (GWS) stattfindet. Dieses ist nach 1978 die sechste Erhebung ihrer Art. Gleichzeitig ordnet das Gesetz zum 30. September 1995 eine Totalzählung der Gebäude und Wohnungen in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost an.

Aufgaben der Wohnungsstichprobe 1993

Das vereinigte Deutschland weist starke Niveauunterschiede in der Wohnungsversorgung zwischen West und Ost und angespannte Wohnungsmärkte im gesamten Gebiet auf. In den alten Bundesländern ist der Mangel an Wohnungen vor allem auf Haushaltsgründungen der geburtenstarken Jahrgänge, Einkommensverbesserungen, starke Zuwanderungen aus dem Ausland und Wanderungen von Ost nach West zurückzuführen. In den neuen Bundesländern und Berlin-Ost ist der

ältere Wohnungsbestand heruntergewirtschaftet und ein überwiegend unzulänglicher Wohnungsneubau aus Betonfertigteilen geschaffen worden. Schwerpunkte der Wohnungsbautätigkeit und Wohnungspolitik werden deshalb im östlichen Teil die Instandsetzung und Modernisierung der bestehenden Wohnungen, im westlichen Teil der Neubau von Wohnungen sein. Für diese langfristigen Aufgaben der Wohnungspolitik sowie die unternehmerischen Entscheidungen der Bau- und Wohnungswirtschaft soll die amtliche Statistik die Datengrundlagen schaffen. Aus Gründen der Vergleichbarkeit entspricht das Fragenprogramm der 93er Wohnungsstichprobe in großen Teilen dem früherer Erhebungen.

Ziele der Wohnungsstichprobe 1993 sind

- den Bestand an Gebäuden und Wohnungen nach Baualter und diversen Ausstattungskriterien zu ermitteln,
- genauere Angaben über die Art der Beheizung, die verwendete Energieart und deren durchschnittlichen Jahresverbrauch sowie über Öltanks und Heizkessel zu gewinnen,
- die Art der Wohnungsversorgung der Bevölkerung darzustellen, wobei unter Berücksichtigung der Einkommensverhältnisse besonders die sog. Problemgruppen wie junge Familien, ältere Personen, kinderreiche Familien und Ausländer nachgewiesen werden,
- die Darstellung der Mietenstruktur und die Berechnung der Mietbelastungsquote zu dokumentieren,
- den Nachweis über die in den letzten zehn Jahren erbrachten baulichen Verbesserungen am Gebäude zu liefern und die bis 1998 beabsichtigten Modernisierungen aufzuzeigen,
- Hinweise auf die Größe und Struktur der Leerraumreserve zu geben,
- Informationen über das Wohnumfeld zu liefern.

Die Bedeutung von Daten über das Wohnumfeld

Neben den herkömmlichen Merkmalen wie Art und Alter des Gebäudes, Größe und Ausstattung der Wohnung sowie Miete werden für eine Beurteilung der Wohnverhältnisse auch Merkmale der unmittelbaren Wohnumgebung, des sogenannten Wohnumfeldes, benötigt. Dieser Forderung entspricht die amtliche Statistik im Rahmen der 1 %-Wohnungss Stichproben. Bereits bei den Erhebungen 1972 und 1978 wurden entsprechende Fragen in das Programm aufgenommen. Zwischenzeitlich hat sich das Bedürfnis nach Wohnumfeldinformationen weiter verstärkt. Daher wird auch in dem Frageprogramm der diesjährigen Stichprobe in detaillierter Form auf diesen Themenkomplex eingegangen.

Zur Beurteilung der Lage einer Wohnung und des Wohnwertes werden folgende vier Merkmale des Wohnumfeldes erhoben :

- (1) Zugänglichkeit von Einrichtungen der sozialen Infrastruktur sowie der privaten Versorgung,
- (2) Ausstattung mit Frei- und Grünflächen in der Nähe der Wohnung,
- (3) Erschließung mit öffentlichen Verkehrsmitteln,
- (4) Ausmaß der Lärmbelästigung und Luftverschmutzung.

Bei diesen Fragen spielen die objektiven Tatbestände eine sekundäre Rolle. Ausschlaggebend sind – und dies ganz bewußt – die individuelle subjektive Bewertung dieser Sachverhalte. Bestimmte Faktoren können deshalb bei jeder Person ein unterschiedliches Gewicht für die Beurteilung des Wohnquartiers haben. So wird ein Pendler mit Auto oder jemand, der am gleichen Ort seinem Beruf nachgeht, die Verkehrsanbindung anders sehen und beurteilen als ein Pendler ohne Auto. Auch

Fragen zur Beheizung des Gebäudes

19

Wie wird das Gebäude überwiegend (flächenmäßig) beheizt?

Fernheizung

Blockheizung (für mehrere Gebäude)

Zentralheizung (für ein Gebäude)

Etagenheizung (für einzelne Wohnungen)

Einzel- oder Mehrraumöfen

1

2

3

4

5

050

Falls Fern-, Block- oder Zentralheizung:

a) Welche Energieart wird überwiegend verwendet?

Heizöl

Gas

Elektrizität (Strom)

Kohle, Koks, Briketts

Holz oder sonstiges

Fernwärme

1

2

3

4

5

6

051

b) Welche Energieart wird zusätzlich verwendet?

Solarenergie

Wärmepumpe

7

8

052

20

Hat das Gebäude eine zentrale Warmwasserversorgung?

ja

1

nein

9

053

Falls ja:

a) Welche Energieart wird überwiegend verwendet?

Heizöl

Gas

1

2

054

Noch Frage 20

Elektrizität (Strom)

Kohle, Koks, Briketts

Holz oder sonstiges

Fernwärme

Solarenergie

Wärmepumpe

3

4

5

6

7

8

b) Kann die Warmwasserversorgung unabhängig von der Gebäudeheizung betrieben werden?

ja

1

nein

9

055

Nur für Wohngebäude mit Block- oder Zentralheizung, falls Heizöl als Energieart verwendet wird

23

a) Lage des / der Öltanks

innerhalb eines Gebäudes

außerhalb eines Gebäudes (z. B. im Erdreich)

1

2

063

b) Baumaterial des / der Öltanks

Stahl

Kunststoff

Sonstiges

1

2

3

064

c) Volumen des / der Öltanks

Liter

065

d) Baujahr des / der Öltanks (bei mehreren Öltanks das Baujahr des ältesten)

19

066

24

Baujahr des Heizkessels

19

067

Fragen zur Monatsmiete

Alle Hauptmieter

- 26 a) Wie hoch ist die Monatsmiete für die Wohnung?

Zur Miete rechnen

neben der Grundmiete hier auch die monatlich aufzuwendenden Beträge für Wasser, Kanalisation, Straßenreinigung, Müllabfuhr, Hausreinigung und -beleuchtung, Schornsteinreinigung, Hauswart, öffentliche Lasten, Gebäudeversicherungen, Kabelanschluß.

Nicht zur Miete rechnen

Umlagen für Zentralheizung, Warmwasserversorgung, Garagenmiete, Untermietzuschlag, Zuschlag für Möblierung.

volle DM (347)

- b) Wie hoch ist der in der Miete enthaltene Betrag für Wasser, Kanalisation, Straßenreinigung, Müllabfuhr, Hausreinigung und -beleuchtung, Schornsteinreinigung, Hauswart, öffentliche Lasten, Gebäudeversicherungen, Kabelanschluß?

volle DM (348)

- c) Wie hoch ist der nicht in der Monatsmiete enthaltene Betrag für ...?

Fern-, Block- oder Zentralheizung/zentrale Warmwasserversorgung

volle DM (349)

Nutzung einer Garage, eines Tiefgaragen-/Stellplatzes

volle DM (350)

Alle Hauptmieter

Noch Frage 26

Untermietzuschlag,
Zuschlag für Möblierung

volle DM (351)

- 27 Wurde die Miete in den letzten drei Jahren erhöht?

ja ☐ 1 nein ☐ 9 (352)

Falls ja:

Grund der Mieterhöhung

- a) Erhöhung der Grundmiete

wegen

Modernisierungsmaßnahmen
(z. B. Fenstererneuerung,
Isolierung u. ä.) ☐ 1 (353)

Mietreform in den neuen
Bundesländern
und Berlin-Ost
(1. und 2. Grundmieten-
verordnung) ☐ 2 (354)

Sonstiger Grund ☐ 3 (355)

- b) Steigerung der Betriebskosten
(lt. Frage 26 b) ☐ 4 (356)

die Auskunft eines Haushaltsvorstandes ohne Kinder zur Versorgung mit Kindergärten oder Schulen ist anders zu bewerten als die eines Haushaltes mit Kindern. Zu lösen sind diese Probleme nur durch eine sehr komplizierte mehrstufige Auswertung, bei der die Vielzahl von Merkmalen miteinander kombiniert werden muß.

Interviewer besuchen die Haushalte

Während die beiden letzten Wohnungsstichproben 1972 und 1978 gemeinsam mit dem Mikrozensus erfolgten, wird die diesjährige Erhebung getrennt von der kleinen Volkszählung stattfinden. Dieses Verfahren wurde von dem Gesetzgeber gewählt, um die Akzeptanz bei den Haushalten zu erhöhen und – bei dem umfangreichen Fragenprogramm beider Erhebungen – die Belastung bei den Auskunftspflichtigen in Grenzen zu halten. Durch das Auswahlverfahren ist sichergestellt, daß Haushalte nur bei der Wohnungsstichprobe auskunftspflichtig sind und nicht gleichzeitig bei dem Mikrozensus.

Wie bei früheren Erhebungen werden wieder besonders geschulte Interviewer eingesetzt. Dieser Personenkreis – gut 500 Personen – setzt sich zu einem großen

Teil aus erfahrenen Mikrozensus-Mitarbeitern zusammen, die die rund 8 500 Gebäudeeigentümer und 16 000 Wohnungsinhaber befragten werden. Jeder Auskunftspflichtige erhält ein vom Gesetzgeber vorgeschriebenes Informationsblatt, das Hinweise über die Erhebung, das Fragenprogramm, die Auskunftspflicht und Möglichkeiten der Antworterteilung, die Geheimhaltung und den Datenschutz enthält.

Gesetzlich geregelt ist die Art der Auskunftserteilung. Der zu Befragende kann wählen, ob er die Antworten mündlich gegenüber dem Interviewer oder schriftlich erteilen will. Auf Grund der teilweise etwas schwierigen Fragen empfiehlt es sich, die Antworten im Interviewverfahren zu geben, um so spätere Rückfragen zu vermeiden. Bei schriftlicher Auskunftserteilung durch den Haushalt kann dieser die Erhebungsvordrucke in einem geschlossenen Umschlag dem Interviewer aushändigen oder dem Statistischen Landesamt per Post schicken.

Auswahlbezirksbeschreibung ist vorgegeben

In Anlehnung an den Mikrozensus wurde aus dem Adreßmaterial der letzten Volkszählung 1987 eine

Stichprobe gezogen, die 1 % aller Wohnungen in Gebäuden umfaßt. Dieses Material wurde entsprechend der Neubautätigkeit um die seit dem Zensus fertiggestellten Wohnungen ergänzt. Der maschinell ermittelte Auswahlbezirk – im Land gibt es für diese Stichprobe rund 1 650 – stellt die Fläche dar, in der alle Gebäude mit den Wohnungen zu erfassen sind, die in der Auswahlbezirksbeschreibung genannt sind. Der einzelne Auswahlbezirk, der durch die Angaben von Gemeinde, Straße und Hausnummer/n abgegrenzt ist, kann mehrere Gebäude, ein ganzes Gebäude oder den Teil eines Gebäudes umfassen. Letzteres trifft für Großgebäude zu, die in der Regel mehr als elf Wohnungen haben und von denen nur ein Teil erfaßt wird. In diesen Fällen sind die Gebäude nach genau vorgegebenen Regeln zu teilen.

Zwei Erhebungsteile

Die Stichprobe 1993 setzt sich aus zwei Teilen zusammen

- eine Gebäudeerhebung mit einem Gebäudebogen,
- eine Wohnungserhebung, für die der Wohnungsbogen mit Haushaltsangaben vorgesehen ist.

Der Gebäudebogen enthält Angaben über die Größe des Grundstücks, die Art und Größe des Gebäudes sowie dessen Eigentümer. Neben der Kernfrage nach der Zahl der Wohnungen und deren Nutzung sowie der entsprechenden Quadratmeterfläche nimmt die Art der Beheizung, die verwendete Energie (einschließlich des durchschnittlichen Jahresverbrauches) breiten Raum ein. Freiwillig ist die Auskunft zu den bau- oder wohn-technischen Veränderungen der vergangenen zehn Jahre und zu geplanten Modernisierungen und Instandsetzungen in den nächsten fünf Jahren.

Im Wohnungsbogen werden neben Fragen zu den Wohnverhältnissen, der Raumzahl und der Ausstattung einschließlich der Beheizung auch Fragen zum Haushalt und den dazugehörigen einzelnen Personen gestellt. Auf freiwilliger Basis sollen die Fragen nach dem Wohngeld, des evtl. beabsichtigten Erwerbs von Wohneigentum und Gründe des Wohnungswechsels in den letzten zehn Jahren beantwortet werden.

Neben diesen beiden Erhebungsvordrucken arbeiten die Interviewer noch mit einer Verteilungsliste, die als zentrales Organisationspapier anzusehen ist. Diese

Fragen zum Wohnumfeld

Alle Eigentümer und Hauptmieter

28

Wie viele Minuten braucht man, um von Ihrer Wohnung zu Fuß die/den nächstgelegene(n) zu erreichen?

unter 15	15 bis unter 30	30 und mehr	nicht bekannt
Minuten			

a) Haltestelle für öffentliche Verkehrsmittel

☐ 1 ☐ 2 ☐ 3 ☐ 4 (357)

b) Einkaufsmöglichkeiten für den täglichen Bedarf

☐ 1 ☐ 2 ☐ 3 ☐ 4 (358)

c) Öffentliche Telefonzelle

☐ 1 ☐ 2 ☐ 3 ☐ 4 (359)

d) Ärztliche Versorgung

☐ 1 ☐ 2 ☐ 3 ☐ 4 (360)

e) Kinderspielplatz

☐ 1 ☐ 2 ☐ 3 ☐ 4 (361)

f) Kindergarten

☐ 1 ☐ 2 ☐ 3 ☐ 4 (362)

g) Grundschule (1.-4. Klasse)

☐ 1 ☐ 2 ☐ 3 ☐ 4 (363)

h) Tagesstätte für Senioren

☐ 1 ☐ 2 ☐ 3 ☐ 4 (364)

i) Tagesstätte für Jugendliche

☐ 1 ☐ 2 ☐ 3 ☐ 4 (365)

k) Öffentlich zugängliche Grünanlage (Parks, Felder, Wiesen, Wälder)

☐ 1 ☐ 2 ☐ 3 ☐ 4 (366)

Alle Eigentümer und Hauptmieter

29

Wie häufig fahren werktags von der nächsten Haltestelle öffentliche Verkehrsmittel?

a) Während des Berufsverkehrs

mehrfach stündlich

☐ 1 (367)

etwa stündlich

☐ 2

gelegentlich

☐ 3

nicht bekannt

☐ 4

b) Außerhalb des Berufsverkehrs

mehrfach stündlich

☐ 5 (368)

etwa stündlich

☐ 6

nur einige Male am Tag

☐ 7

nicht bekannt

☐ 8

30

Wird die Wohnung beeinträchtigt durch ...?

dauernd	gelegentlich	nicht
---------	--------------	-------

a) Verkehrslärm (ohne Fluglärm)

☐ 1 ☐ 2 ☐ 3 (369)

b) Fluglärm

☐ 1 ☐ 2 ☐ 3 (370)

c) Industrie-/Gewerbelärm

☐ 1 ☐ 2 ☐ 3 (371)

d) Gerüche, Abgase

☐ 1 ☐ 2 ☐ 3 (372)

e) Staub

☐ 1 ☐ 2 ☐ 3 (373)

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz 9/93

207

Liste, die für jeden einzelnen Auswahlbezirk ausgefüllt werden muß, stellt die Verbindung zwischen der regionalen Zuordnung und den zu erfassenden Einheiten her.

Darstellung der Ergebnisse

In der zweiten Septemberhälfte werden in 24 Schulungsveranstaltungen die gut 500 Interviewer mit Ablauf und Inhalt der Befragungen vertraut gemacht. Das eigentliche Erhebungsgeschäft kann von dem Stichtag 30. September an beginnen und wird schwerpunktmä-

ßig im Oktober stattfinden. Es ist geplant, ein Jahr nach dem Stichtag erste Ergebnisse bereitzustellen.

Inhaltlich abgestimmt liegt ein bundeseinheitlich konzipiertes Mindestveröffentlichungsprogramm aller Landesämter vor. Zusätzlich werden Tabellen mit Ergebnissen der einzelnen Zählungsteile anfallen. Nach derzeitigem Konzept handelt es sich bei diesen tief gegliederten Sachgebietstabellen um 3 Tabellen für Grundstücke, 15 Gebäude- und 13 Wohnungstabellen sowie 14 Haushaltstabellen (einschließlich 4 Tabellen mit dem freiwilligen Fragenblock des Wohnungsbogens).

Diplom-Volkswirt Ingo Hawliczek

Baulandmarkt 1992

– Zur Aussagekraft der Kaufwerte für Bauland –

In der seit dem Jahre 1962 als Totalerhebung geführten Statistik der durchschnittlichen Kaufwerte für Bauland waren bis einschließlich 1984 alle veräußerten unbebauten Grundstücke ausgewiesen worden, die im Baugebiet einer Gemeinde lagen und deren Kaufsumme 200 DM und mehr betrug. Seit 1985 werden alle Grundstücke erfaßt, deren Größe 100 m² und mehr beträgt. Einer Einbeziehung auch der bebauten Grundstücke steht die Schwierigkeit entgegen, daß die Kaufverträge in der Regel keine Aufteilung zwischen dem für Grund und Boden einerseits und dem für Gebäude bzw. Gebäudereste andererseits gezahlten anteiligen Kaufpreis enthalten. Nicht erfaßt werden Flächen, die einer land- und forstwirtschaftlichen Nutzung unterliegen. Die aufgeführten Grundstückspreise verstehen sich ohne Nebenkosten wie z. B. Vermessungskosten, Notariats- und Gerichtsgebühren, Grunderwerbsteuer und ohne Erschließungskosten, sofern diese nicht Bestandteil des Kaufpreises sind.

Die veräußerten Grundstücke werden nach der Person des Veräußerers oder Erwerbers sowie nach Grundstücksarten (baureifes Land, Rohbauland, Industrieland, Land für Verkehrszwecke und Freiflächen) unterschieden. Die Erfassung des Baulands nach seiner Lage zeigt, ob die veräußerten Grundstücke in einer Geschäftsgegend, in einem Wohngebiet oder in einem Gebiet liegen, in dem sich Geschäfte und Wohnhäuser so mischen, daß von einem eindeutigen Charakter nicht gesprochen werden kann. Außerdem wird unterschieden nach Industrie- und Dorfgebiet. Die Aufbereitung erfolgt vierteljährlich und jährlich, wobei die vierteljährlichen Zahlen im Hinblick auf mögliche Nachmeldungen nur als vorläufig angesehen werden können. Die Ergebnisse werden nach Kreisen und kreisfreien Städten und für alle Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern ausgewiesen.

Im Zuge der geplanten Novellierung des Preisstatistikgesetzes soll die Statistik der Kaufwerte für Bauland grundlegend erneuert und erweitert werden. Mängel der

bestehenden Statistik sind insbesondere die nicht erfaßten bedeutenden Teilmärkte der bebauten Grundstücke und des Wohnungseigentums. Wichtige wirtschaftliche Informationsbedürfnisse beziehen sich auf die bebauten Grundstücke, deren Anteil am Gesamtumsatz von Grundstücken viel größer ist als der Anteil des Baulandes. Diese Ausgangssituation führte zu einem Auftrag des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (BMBau) an das Statistische Bundesamt, ein Forschungsobjekt „Weiterentwicklung der Statistik für Bauland“ durchzuführen, um die seit Anfang der 60er Jahre unveränderte Statistik der Kaufwerte für Bauland systematisch und inhaltlich zu verbessern.

Erkenntniswert für Beurteilung des Baulandmarktes

Es ist zu beachten, daß Zufallseinflüsse wie Großverkäufe, Veräußerungen von Liebhaberobjekten, Kaufgeschäfte unter Verwandten in den Ergebnissen um so wirksamer werden können, je geringer die Zahl der Kauffälle ist. Die errechneten Durchschnittspreise erlauben einwandfreie Aussagen nur für den Berichtszeitraum, wodurch sie als Anhaltspunkte für die Entwicklung des Grundstückspreinsniveaus nur eingeschränkt zu verwenden sind. Da sich der in einem Berichtszeitraum ausgewiesene Durchschnittswert auf andere Grundstücke bezieht, als die entsprechenden Durchschnittswerte früherer Zeiträume – abgesehen von den relativ wenigen Fällen wiederholt verkaufter Grundstücke – lassen die Durchschnittswerte nicht die echte Preisentwicklung beim Bauland erkennen. Bei einem Vergleich der Durchschnittswerte verschiedener Zeiträume ist auch zu bedenken, daß sich die Verkäufe in späteren Zeiträumen in stärkerem Maße auf weniger begehrte Grundstücke beziehen können, als die Verkäufe in früheren Zeiträumen. Im Gegensatz zu den eigentlichen Preisstatistiken (vor allem die Statistiken der Verbraucher-, Erzeuger-, Großhandels- und Bauleistungspreise) gibt die Statistik der Kaufwerte für Bau-

land lediglich die durchschnittlichen Verkaufswerte wieder. Sie hat daher mehr den Charakter einer Grundeigentumswechselstatistik als den einer echten Preisstatistik. Deshalb kommt auch einem jährlichen Vergleich der Kaufwerte für baureifes Land und Rohbauland nach Bundesländern nur eine stark eingeschränkte Aussagekraft zu, da beispielsweise in dem einen Bundesland die Baulandverkäufe überwiegend in ländlichen Gebieten und in dem anderen Bundesland hingegen häufiger in stadtnahen und städtischen Gebieten erfolgt sein können. Da es sehr schwierig ist, die einzelnen Baugrundstücke nach Standort, Lage, Beschaffenheit und Nutzungsmöglichkeit eindeutig abzugrenzen, empfiehlt es sich, für die Beurteilung von Einzelfällen die von den Gutachterausschüssen festgestellten Bodenrichtwerte, bei denen die ursprünglichen Kaufwerte nach gewissen Gesichtspunkten zur besseren Vergleichbarkeit abgeändert wurden, heranzuziehen.

Seit 1982 werden in Rheinland-Pfalz die Daten für die Statistik der Kaufwerte für Bauland von den Geschäftsstellen der Gutachterausschüsse für Grundstückswerte bei den Kataster- und Stadtvermessungsämtern bereitgestellt. Dieser neue Berichtsweg ermöglicht eine rationellere und lückenlose Erfassung der Kauffälle. Die Ergebnisse ab 1982 sind deshalb mit denen früherer Jahre, als noch die Finanzämter Berichtsstellen waren, vorwiegend hinsichtlich der Zahl der Kauffälle und der umgesetzten Fläche nur eingeschränkt vergleichbar. Dies gilt auch für einen aktuellen Vergleich mit den Bun-

desländern, in denen weiterhin die Finanzämter berichten. Nur unter Berücksichtigung der genannten Einschränkungen der Aussagekraft kann die Statistik der Kaufwerte für Bauland als Informationsquelle über den Baulandmarkt herangezogen werden.

Kaufwert je m² für baureifes Land ging 1992 um 3,3 % auf 94 DM zurück

Im Jahre 1992 haben in Rheinland-Pfalz insgesamt 14 100 unbebaute Grundstücke mit einer Fläche von 19,9 Mill. m² und einem Verkaufswert von 1,1 Mrd. DM den Eigentümer gewechselt. Die Zahl der Grundstücksverkäufe erhöhte sich gegenüber 1991 um 5,8 %, die veräußerte Fläche nahm um 0,8 % zu, und der Kaufwert je m² für Bauland insgesamt stieg um 5,9 % auf rund 56 DM. Mehr als zwei Fünftel der umgesetzten Fläche entfielen auf baureifes Land, knapp drei Zehntel auf Industrieland und 12 % auf Rohbauland. Die Zahl der Veräußerungen von baureifem Land stieg gegenüber 1991 um 12 % auf 10 100. Die dabei übereignete Fläche erhöhte sich um 13 % auf 8,3 Mill. m². Die durchschnittliche Grundstücksgröße blieb mit 817 m² nahezu unverändert. Der durchschnittliche Kaufwert je m² sank geringfügig auf gut 94 DM. Für Rohbauland, das knapp ein Zehntel aller Kauffälle umfaßte, wurde bei einer mittleren Grundstücksgröße von 1 940 m² ein durchschnittlicher Kaufwert je m² von 52 DM (Vorjahr knapp 42 DM) ermittelt.

Durchschnittliche Kaufwerte für Bauland 1962 bis 1992 nach Baulandarten

Jahr	Baureifes Land		Rohbauland		Industrieland		Land für Verkehrszwecke		Freiflächen	
	Kaufwert je m ²	Veränderung zum Vorjahr	Kaufwert je m ²	Veränderung zum Vorjahr	Kaufwert je m ²	Veränderung zum Vorjahr	Kaufwert je m ²	Veränderung zum Vorjahr	Kaufwert je m ²	Veränderung zum Vorjahr
	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%	DM	%
1962	10,77	.	7,51	.	5,02	.	6,79	.	5,96	.
1963	12,15	12,8	8,65	15,2	7,92	57,8	6,34	- 6,6	3,61	- 39,4
1964	14,01	15,3	10,58	22,3	6,30	- 20,5	4,55	- 28,2	5,41	49,9
1965	15,66	11,8	11,21	6,0	6,10	- 3,2	9,15	101,1	5,58	3,1
1966	16,01	2,2	12,19	8,7	7,76	27,2	7,91	- 13,6	5,58	-
1967	17,87	11,6	9,64	- 20,9	11,03	42,1	5,95	- 24,8	4,66	- 16,5
1968	21,44	20,0	11,58	20,1	12,00	8,8	7,47	25,5	9,46	103,0
1969	23,99	11,9	11,29	- 2,5	8,89	- 25,9	6,70	- 10,3	6,58	- 30,4
1970	22,34	- 6,9	16,57	46,8	9,86	10,9	12,18	81,8	8,21	24,8
1971	24,45	9,4	20,85	25,8	10,11	2,5	9,30	- 23,6	11,30	37,6
1972	27,64	13,0	24,61	18,0	9,61	- 4,9	12,72	36,8	15,69	38,8
1973	28,59	3,4	24,89	1,1	19,19	99,7	10,64	- 16,4	19,41	23,7
1974	28,43	- 0,6	30,92	24,2	20,44	6,5	11,10	4,3	7,65	- 60,6
1975	33,67	18,4	24,25	- 21,6	17,87	- 12,6	14,06	26,7	11,99	56,7
1976	36,68	8,9	32,83	35,4	14,71	- 17,7	8,06	- 42,7	15,59	30,0
1977	41,68	13,6	30,65	- 6,6	19,31	31,3	7,87	- 2,4	15,33	- 1,7
1978	47,65	14,3	29,13	- 5,0	15,55	- 19,5	13,42	70,5	14,37	- 6,3
1979	52,73	10,7	36,74	26,1	24,24	55,9	13,75	2,5	17,99	25,2
1980	58,58	11,1	33,04	- 10,1	20,35	- 16,0	15,09	9,7	18,73	4,1
1981	66,18	13,0	34,58	4,7	24,66	21,2	12,86	- 14,8	17,82	- 4,9
1982	70,48	6,5	41,26	19,3	20,15	- 18,3	9,80	- 23,8	10,61	- 40,5
1983	82,91	17,6	35,44	- 14,1	25,74	27,7	7,72	- 21,2	7,63	- 28,1
1984	81,50	- 1,7	32,13	- 9,3	23,52	- 8,6	9,29	20,3	13,84	81,4
1985	76,25	- 6,4	27,96	- 13,0	25,62	8,9	8,62	- 7,2	15,87	14,7
1986	84,27	10,5	24,22	- 13,4	23,18	- 9,5	6,38	- 26,0	15,46	- 2,6
1987	88,73	5,3	35,47	46,4	29,94	29,2	6,49	1,7	10,63	- 31,2
1988	94,11	6,1	37,05	4,5	26,97	- 9,9	8,08	24,5	10,47	- 1,5
1989	93,65	- 0,5	37,70	1,8	31,41	16,5	9,01	11,5	12,64	20,7
1990	97,12	3,7	36,83	- 2,3	36,76	17,0	5,23	- 42,0	12,09	- 4,4
1991	97,58	0,5	41,73	13,3	32,59	- 11,3	6,19	18,4	14,48	19,8
1992	94,33	- 3,3	52,12	24,9	31,28	- 4,0	5,24	- 15,3	14,09	- 2,7

Baulandveräußerungen 1992 nach ausgewählten Baulandarten, Gemeindegrößenklassen und Baugebieten

Berichtsmerkmal	Insgesamt				darunter					
					baureifes Land			Rohbauland		
	Fälle Anzahl	Fläche 1 000 m ²	Umsatz 1 000 DM	Kaufwert DM/m ²	Fläche 1 000 m ²	Umsatz 1 000 DM	Kaufwert DM/m ²	Fläche 1 000 m ²	Umsatz 1 000 DM	Kaufwert DM/m ²
Insgesamt	14 093	19 869	1 104 086	55,57	8 254	778 589	94,33	2 404	125 280	52,12
Gemeindegrößenklasse										
unter 2 000 Einwohner	6 459	8 521	252 754	29,66	4 161	202 809	48,74	940	19 541	20,78
2 000 – 20 000	5 661	8 367	499 755	59,73	3 003	344 119	114,58	1 062	53 582	50,43
20 000 – 100 000	1 459	1 949	222 279	114,03	887	172 604	194,62	124	13 425	108,18
100 000 – und mehr	514	1 032	129 297	125,26	203	59 057	291,52	277	38 732	140,07
Baugebiet										
Geschäftsgebiet	9	6	3 190	492,09	6	3 190	492,09	–	–	–
Geschäftsgebiet mit Wohngebiet	390	451	88 304	195,75	372	77 132	207,45	74	10 832	145,86
Wohngebiet in geschl. Bauweise	218	168	38 477	228,99	156	36 678	234,50	12	1 799	154,82
Wohngebiet in offener Bauweise	8 912	8 433	709 526	84,14	5 987	595 183	99,41	1 708	102 375	59,93
Industriegebiet	1 326	5 685	178 519	31,40	28	2 183	78,49	22	184	8,53
Dorfgebiet	3 238	5 126	86 070	16,79	1 704	64 223	37,68	588	10 089	17,16

In Wohngebieten in offener Bauweise kostete baureifes Land durchschnittlich 99 DM

Die Unterteilung der Baulandverkäufe nach der Art des Baugebietes zeigt, daß das Wohngebiet in offener Bauweise und das Dorfgebiet dominieren. Baureifes Land kostete im Wohngebiet in offener Bauweise bei einem Flächenumsatz von 6 Mill. m² durchschnittlich gut 99 DM und Rohbauland, von dem 1,7 Mill. m² veräußert wurden, 60 DM. Im Dorfgebiet kostete baureifes Land im Mittel knapp 38 DM und Rohbauland 17 DM. Veräußerer von baureifem Land waren vor allem Private und die Gemeinden / Gemeindeverbände des Landes. Knapp zwei Drittel der Fläche wurden von Privaten verkauft und 28 % von den Gemeinden / Gemeindeverbänden. Unter den Erwerbern erreichten die Privaten einen Anteil an der umgesetzten Fläche von 86 %, die Gemeinden / Gemeindeverbände hingegen nur von 3 %. Bei knapp der Hälfte der veräußerten Fläche an Rohbauland traten die Gemeinden / Gemeindeverbände als Erwerber auf.

Kaufwert je m² für baureifes Land in Großstädten 292 DM

Die Aufgliederung nach Gemeindegrößenklassen zeigt deutliche Unterschiede bei den durchschnittlichen Kaufwerten. Mußten in Gemeinden unter 2 000 Einwohnern für baureifes Land knapp 49 DM je m² bezahlt werden, so lag der Durchschnitt in Gemeinden mit 2 000 bis 20 000 Einwohnern bei fast 115 DM und in denen mit 20 000 bis 100 000 Einwohnern bei rund 195 DM. In Großstädten betrug der Flächenumsatz für baureifes Land nur 203 000 m², der Kaufwert je m² hingegen fiel mit durchschnittlich fast 292 DM besonders hoch aus. Rohbauland verteuerte sich ebenfalls mit zunehmender

Gemeindegrößenklasse erheblich. Während in Gemeinden bis 2 000 Einwohnern ein Kaufwert je m² von 21 DM ermittelt wurde, mußten in Großstädten im Mittel 140 DM bezahlt werden.

Im Westerwaldkreis die höchsten Flächenumsätze an baureifem Land

Die Kaufwerte für Bauland streuten in den einzelnen Kreisen und kreisfreien Städten ganz erheblich. Für baureifes Land errechnete sich der höchste Kaufwert je m² in der Landeshauptstadt Mainz mit 588 DM. Es folgen die kreisfreien Städte Frankenthal (296 DM), Neustadt a.d.Weinstr. (267 DM) und Worms (266 DM) sowie die Landkreise Ludwigshafen (270 DM) und Mainz-Bingen (265 DM). Der niedrigste Durchschnittswert wurde mit knapp 26 DM für den Landkreis Daun ermittelt. Rohbauland war am billigsten in den Landkreisen Birkenfeld (7,50 DM) und Kusel (8 DM). Besonders hohe Preise wurden dagegen in den kreisfreien Städten Speyer (345 DM), Mainz (205 DM) und Neustadt a. d. Weinstr. (197 DM) bezahlt.

Die höchsten Flächenumsätze an baureifem Land verzeichnete im Berichtsjahr unter den Landkreisen der Westerwaldkreis (666 000 m²), gefolgt von Altenkirchen (659 000 m²), Mayen-Koblenz (433 000 m²) und dem Rhein-Hunsrück-Kreis (406 000 m²). Beim Rohbauland wurden im Landkreis Mainz-Bingen und im Rhein-Hunsrück-Kreis (je 246 000 m²) die höchsten Werte ermittelt. Unter den kreisfreien Städten wechselte in Worms das meiste baureife Land den Eigentümer (152 000 m²), während Ludwigshafen beim Umsatz von Rohbauland (145 000 m²) an der Spitze lag.

Diplom-Volkswirt Albrecht Wachweger

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1991	1992			1993				
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 789	3 852	3 846	3 852	3 857
Natürliche Bevölkerungs-bewegung										
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	2 066	2 052	2 906	2 754	3 230	1 717 ^p	3 134 ^p	2 620 ^p	3 014 ^p
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,5	6,4	8,9	8,7	9,9	5,2 ^p	9,5 ^p	8,2 ^p	9,1 ^p
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	3 526	3 560	3 568	3 462	3 797
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,2	11,1	10,9	10,9	11,6
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 630	3 553	3 463	3 341	3 366
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,5	11,0	10,6	10,6	10,3
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene ³⁾	Anzahl	24	24	24	19	26
* je 1000 Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	6,8	6,6	6,6	5,5	7,0
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 104	7	105	121	431
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,3	0,0	0,3	0,4	1,3
Wanderungen über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	11 775	12 290	10 451	12 245	12 443
* Fortgezogene	Anzahl	6 862	7 320	5 569	6 645	7 654
* Wanderungssaldo	Anzahl	4 913	4 970	4 882	5 600	4 789
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵⁾	Anzahl	11 122	12 173	10 459	11 782	12 634
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	82 334	88 985	82 129	81 071	89 871	112 479	109 939	109 828	121 617
* Männer	Anzahl	41 970	47 150	42 839	42 139	46 376	62 823	61 099	60 534	66 921
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	4 231	4 761	.	4 234	.	.	.	5 301	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	27 136	29 993	.	27 681	.	.	.	39 522	.
Arbeitslosenquote	%	5,4	5,7	5,3	5,2	5,8	7,1	7,0	7,0	7,7
Offene Stellen	Anzahl	17 425	20 320	21 453	21 975	25 201	20 183	22 755	24 070	26 612
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	1 187	1 409	.	1 384	.	.	.	2 012	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	5 510	5 419	.	5 810	.	.	.	5 202	.
Kurzarbeiter	Anzahl	6 764	13 123	14 548	12 571	8 716	45 916	42 551	39 059	21 350
Männer	Anzahl	5 086	9 875	10 046	9 122	6 375	36 357	33 658	31 368	16 970
Landwirtschaft										
Schlachtmengen⁶⁾	t	15 374	14 269	14 045	14 034	13 092	13 990	13 111	13 754	12 873
* Rinder	t	5 727	4 755	4 555	4 511	4 220	4 380	3 754	3 895	3 748
* Kälber	t	43	33	31	29	23	38	25	22	18
* Schweine	t	9 464	9 354	9 352	9 339	8 753	9 427	9 234	9 706	9 013
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	66	65	74	69	68	67	72	68	69
* an Molkereien geliefert	%	94,6	95,0	96,1	96,1 ^r	95,8	95,7	96,1	96,1	96,1
Verarbeitendes Gewerbe⁷⁾										
Betriebe	Anzahl	2 666	2 678	2 673	2 674	2 680	2 601	2 601	2 601	2 586
* Beschäftigte	1000	394	385	386	386	386	360	358	357	355
* Arbeiter ⁸⁾	1000	268	258	259	259	260	238	236	235	234
* Geleistete Arbeiterstunden	1000	35 271	33 985	33 743	33 793	34 817	31 615	30 004	30 845	29 549
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 725	1 785	1 666	1 879	1 809	1 628	1 602	1 836	1 625
* Löhne	Mill. DM	980	997	935	1 044	1 037	885	874	1 005	895
* Gehälter	Mill. DM	745	788	730	835	772	743	728	831	730
* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	9 110	8 877	8 825	9 223	9 151	8 240	7 995	8 668	8 029
* Auslandsumsatz	Mill. DM	3 052	2 978	2 980	3 028	3 088	2 745	2 739	2 893	2 677
* Exportquote ⁹⁾	%	33,5	33,6	33,8	32,8	33,7	33,3	34,3	33,4	33,3

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) In- und ausländischer Herkunft ; einschl. Abschnittsfette, ohne Innereien. – 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten ; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 8) Einschl. gewerblich Auszubildender. – 9) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1991	1992				1993			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Kohleverbrauch ^{1) 3)}	1 000 t SKE	252	271	-	297	-	-	-	253	-
* Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) ^{2) 3)}	Mill. m ³	725	807	-	824	-	-	-	696	-
* Heizölverbrauch ³⁾	1 000 t	133	126	-	109	-	-	-	88	-
davon										
* leichtes Heizöl	1 000 t	60	50	-	41	-	-	-	36	-
* schweres Heizöl	1 000 t	73	76	-	68	-	-	-	52	-
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 135	1 125	1 151	1 118	1 165	1 073	1 076	1 095	1 070
* Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	209	230	228	220	190	221	208	196	194
Index der Nettoproduktion (Kalendermonatlich)										
Verarbeitendes Gewerbe	1985 = 100	118	116	116	115	119	106	103	109	103
* Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe	1985 = 100	117	116	123	119	121	112	111	114	111
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1985 = 100	113	124	131	136	144	130	132	139	136
Chemische Industrie	1985 = 100	119	118	126	120	120	114	114	116	113
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	108	104	101	102	108	90	84	95	81
Maschinenbau; Büro- maschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1985 = 100	103	100	88	90	122	83	70	82	65
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1985 = 100	91	86	92	87	74	72	73	76	63
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	128	123	117	118	122	110	106	114	107
Herstellung von Schuhen	1985 = 100	61	54	44	43	41	42	41	46	37
* Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe	1985 = 100	155	157	143	153	165	140	139	144	154
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	425	384	234	214	230	413	404
Strombezug ⁴⁾	Mill. kWh	3 302	2 874	2 777	2 673	2 838	3 081	2 804
Stromlieferungen ⁴⁾	Mill. kWh	1 715	1 231	1 149	1 092	1 162	1 470	1 324
* Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	1 981	2 004	1 845	1 779	1 887	2 000	1 860
Gasverbrauch ⁶⁾	Mill. m ³	446	457	341	301	311	446	374	348	...
Handwerk ⁷⁾										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	89	87	-	86	-	-	-	85	-
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	184	195	-	197	-	-	-	191	-
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	61 200	61 356	61 539	61 965 ^r	62 127	59 772 ^p	60 114 ^p	60 789 ^p	59 754 ^p
Facharbeiter	Anzahl	31 347	30 284	29 873	34 725 ^r	29 875	28 888 ^p	28 947 ^p	33 798 ^p	28 225 ^p
Fachwerker und Werker	Anzahl	15 528	16 490	17 104	12 948 ^r	17 705	16 184 ^p	16 454 ^p	12 476 ^p	17 123 ^p
* Geleistete Arbeitsstunden	1000	6 670	6 803	7 170	7 392 ^r	7 947	7 295 ^p	6 938 ^p	7 572 ^p	7 193 ^p
Privater Bau	1000	4 309	4 497	4 666	4 799 ^r	5 127	4 862 ^p	4 611 ^p	5 081 ^p	4 842 ^p
* Wohnungsbau	1000	2 431	2 653	2 782	2 729 ^r	3 025	3 014 ^p	2 864 ^p	3 220 ^p	2 918 ^p
Landwirtschaftlicher Bau	1000	23	17	16	24 ^r	16	37 ^p	51 ^p	80 ^p	72 ^p
* Gewerblicher und industrieller Bau	1000	1 855	1 827	1 868	2 046 ^r	2 086	1 811 ^p	1 696 ^p	1 781 ^p	1 852 ^p
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1000	2 361	2 305	2 504	2 593 ^r	2 820	2 433 ^p	2 327 ^p	2 491 ^p	2 351 ^p
Hochbau	1000	510	433	460	434 ^r	488	476 ^p	399 ^p	418 ^p	473 ^p
Tiefbau	1000	1 851	1 872	2 044	2 159 ^r	2 332	1 957 ^p	1 928 ^p	2 073 ^p	1 878 ^p
Straßenbau	1000	953	981	1 073	1 127 ^r	1 271	1 031 ^p	1 042 ^p	1 092 ^p	1 060 ^p
Löhne und Gehälter	Mill. DM	225	242	238	240 ^r	255	238 ^p	236 ^p	249 ^p	248 ^p
* Löhne	Mill. DM	182	194	191	193 ^r	206	190 ^p	187 ^p	196 ^p	198 ^p
* Gehälter	Mill. DM	43	48	46	47 ^r	49	48 ^p	49 ^p	53 ^p	50 ^p
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	715	809	763	799 ^r	889	789 ^p	800 ^p	902 ^p	855 ^p

1) 1 t Steinkohleneinheit (1 t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 14,5 t Braunkohlenkohlensbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. – 2) Umgerechnet auf einen oberen Heizwert (Ho) von 35 169 kJ/m³. – 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. – 4) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). – 5) Ohne Pumpstromverbrauch und Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke. – 6) Gaserzeugung + Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze. – 7) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1991	1992				1993			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	896	949	1 050	1 131	995	1 055	1 099	1 247	1 205
* mit 1 Wohnung	Anzahl	616	607	700	729	630	670	672	782	713
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	155	203	231	252	211	220	249	266	254
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	122	139	119	150	154	165	178	199	238
* Umbauter Raum	1 000 m³	1 045	1 160	1 159	1 347	1 212	1 355	1 408	1 490	1 611
* Wohnfläche	1 000 m²	182	203	201	232	213	238	246	259	283
Wohnräume	Anzahl	8 524	9 327	9 317	10 535	9 737	10 813	11 261	12 034	13 150
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	371	437	430	501	464	536	576	588	649
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	2	4	2	3	12	1	8	3	2
Unternehmen	Anzahl	162	128	120	140	139	121	121	156	118
Private Haushalte	Anzahl	731	816	928	988	844	933	970	1 088	1 085
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	174	172	176	169	188	133	135	148	168
* Umbauter Raum	1 000 m³	1 005	987	822	1 158	1 183	738	790	772	786
* Nutzfläche	1 000 m²	159	154	130	167	175	120	132	121	125
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	209	216	151	231	266	318	175	173	176
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	19	26	24	26	25	16	19	28	23
Unternehmen	Anzahl	139	138	144	132	159	108	106	112	133
Private Haushalte	Anzahl	8	8	8	11	4	9	10	8	12
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 254	2 439	2 304	2 564	2 691	2 858	3 021	3 130	3 428
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	2 966	2 952	2 823	2 921	2900
* EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 628	1 646	1 589	1 686	1 663
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	225	250	241	264	238
Dänemark	Mill. DM	49	50	48	52	43
Frankreich	Mill. DM	432	418	383	420	436
Griechenland	Mill. DM	28	31	30	34	39
Großbritannien	Mill. DM	273	270	255	264	270
Irland	Mill. DM	11	12	10	11	12
Italien	Mill. DM	258	257	274	277	270
Niederlande	Mill. DM	211	217	200	217	213
Spanien	Mill. DM	117	114	120	122	114
Portugal	Mill. DM	26	26	26	26	27
USA und Kanada	Mill. DM	195	196	187	182	194
Japan	Mill. DM	69	63	61	63	55
Entwicklungsländer	Mill. DM	408	394	352	373	359
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	110	104	96	95	105
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	2 341	2 262	2 129	2 116	2 517
EG-Länder ¹⁾	Mill. DM	1 341	1 289	1 231	1 183	1 438
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	303	290	272	254	282
Dänemark	Mill. DM	45	46	44	44	46
Frankreich	Mill. DM	313	300	273	268	324
Griechenland	Mill. DM	8	7	5	7	8
Großbritannien	Mill. DM	107	108	115	105	112
Irland	Mill. DM	13	12	15	11	13
Italien	Mill. DM	203	190	171	188	241
Niederlande	Mill. DM	230	213	198	192	253
Spanien	Mill. DM	98	103	121	99	130
Portugal	Mill. DM	20	21	19	14	28
USA und Kanada	Mill. DM	162	175	157	152	173
Japan	Mill. DM	132	120	119	133	154
Entwicklungsländer	Mill. DM	312	286	265	285	309
Mittel- und osteuropäische Länder	Mill. DM	99	64	51	68	75

1) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1991	1992				1993			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Einzelhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	102,7	99,7	99,8	99,2 ^r	98,8	98,7	98,6	...	98,3
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	125,0	127,0	123,9	120,7 ^r	131,1	130,9	129,7	...	119,5
Großhandel										
Beschäftigte	1986 = 100	111,0	111,3	110,8	111,6	111,7	109,9	110,4	...	110,3
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	132,0	128,8	124,0	135,0	132,9	126,1	119,0	...	131,2
Gastgewerbe										
Beschäftigte	1986 = 100	92,5	93,0	95,8	96,0	96,9	87,1	92,5	...	98,7
Teilbeschäftigte	1986 = 100	94,8	94,9	97,8	97,6	99,1	87,9	93,9	...	101,5
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	110,2	115,5	128,8	125,0	127,3	96,5	108,7	...	130,4
Beherbergungsgewerbe	1986 = 100	116,3	122,4	142,8	135,5	137,7	99,1	111,7	...	136,9
Gaststättengewerbe	1986 = 100	106,1	110,7	119,6	118,0	120,7	93,6	106,8	...	125,6
Fremdenverkehr in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1000	521	525	619	601	701	356	459	...	593
* Ausländer	1000	120	115	123	140	216	63	91	...	127
* Fremdenübernachtungen	1000	1866	1828	2036	2060	2546	1205	1580	...	2035
* Ausländer	1000	414	378	377	421	739	197	256	...	422
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang	1000 t	1471	1428	1446	1480	1406
* Güterversand	1000 t	889	956	893	997	1025
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	17 241	15 852	18 454	17 616	26 210	19 737	17 630	15 108	14 099
Krafträder	Anzahl	654	803	1 379	1 143	786	2 343	2 174	1 383	1 204
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	15 455	13 963	15 777	15 207	24 254	16 168	14 347	12 675	11 983
* Lastkraftwagen	Anzahl	787	760	880	810	834	779	673	684	613
Zugmaschinen	Anzahl	185	159	228	277	175	193	202	192	139
Straßenverkehrsunfälle										
	Anzahl	10 233	9 812	10 746	9 853	9 608	9 005	9 123	8 971 ^p	9 631 ^p
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 539	1 530	1 865	1 765	1 751	1 297	1 496	1 675 ^p	1 733 ^p
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 694	8 282	8 881	8 088	7 857	7 708	7 627	7 296 ^p	7 898 ^p
Verunglückte Personen	Anzahl	2 086	2 065	2 478	2 344	2 312	1 761	2 020	2 165 ^p	2 291 ^p
* Getötete	Anzahl	39	39	45	51	39	38	31	40 ^p	46 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	21	22	19	23	13	25	25	21 ^p	31 ^p
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	6	7	19	16	11	2	4	7 ^p	6 ^p
Radfahrer	Anzahl	3	3	5	6	7	3	1	6 ^p	4 ^p
Fußgänger	Anzahl	8	4	2	4	6	7	1	5 ^p	3 ^p
Schwerverletzte	Anzahl	559	541	646	657	603	444	562	582 ^p	633 ^p
Pkw-Insassen	Anzahl	320	315	310	309	301	274	306
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	94	93	168	157	140	49	105
Radfahrer	Anzahl	57	58	90	103	82	32	72
Fußgänger	Anzahl	68	57	63	63	64	68	57
Geld und Kredit										
Zahlungsschwierigkeiten										
* Konkurse ¹⁾	Anzahl	59	67	52	73	75	104	94	59	91
Angemeldete Forderungen	1000 DM	38 070	57 183	36 178	43 907	18 727	45 392	49 488	15 513	43 633
* Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	-	-	-	-	2	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	347	-	-	389	-	-	-	-	-
* Wechselsumme	1000 DM	4 229	-	-	8 509	-	-	-	-	-

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1991	1992				1993			
		Monatsdurchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
Kredite und Einlagen ¹⁾ (Stand am Jahres- bzw. Monats- ende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	100 048	104 522	·	101 622	·	·	·	107 641	·
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	98 090	102 700	·	99 734	·	·	·	105 884	·
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	20 478	20 181	·	20 678	·	·	·	20 203	·
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	19 357	19 583	·	20 105	·	·	·	19 715	·
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 121	598	·	573	·	·	·	488	·
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	10 344	11 288	·	10 608	·	·	·	10 627	·
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	7 615	8 686	·	7 974	·	·	·	8 663	·
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 729	2 602	·	2 634	·	·	·	1 964	·
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	67 268	71 231	·	68 449	·	·	·	75 054	·
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	59 293	63 181	·	60 598	·	·	·	67 018	·
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	7 975	8 050	·	7 851	·	·	·	8 036	·
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	96 418	100 201	·	96 144	·	·	·	101 120	·
* Sichteinlagen	Mill. DM	15 224	17 005	·	14 560	·	·	·	15 916	·
* Termineinlagen	Mill. DM	42 243	43 765	·	43 682	·	·	·	45 377	·
* Spareinlagen	Mill. DM	38 951	39 431	·	37 901	·	·	·	39 827	·
* Gutschriften auf Sparkonten ²⁾	Mill. DM	2 269 ^r	·	·	2 761	·	·	·	·	·
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	2 289 ^r	·	·	2 674	·	·	·	·	·
Steuern ³⁾										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
* Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	1 809	1 970	1 934	2 366	1 496	2 744	3 342	3 487	2 794
* Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 246	1 357	1 303	1 760	902	749	1 478	1 615	887
* Lohnsteuer	Mill. DM	920	1 024	1 203	758	884	797	1 273	804	877
Einnahmen aus der Lohn- steuererlegung	Mill. DM	165	181	491	–	–	20	498	–	– 6
* Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	147	152	– 45	458	– 48	– 109	– 79	447	– 88
* Kapitalertragsteuer	Mill. DM	43	43	23	193	43	17	167	30	81
* Zinsabschlagsteuer	Mill. DM	–	–	–	–	–	20	63	18	23
* Zinsabschlagsteuererlegung	Mill. DM	–	–	–	–	–	–	43	–	–
* Körperschaftsteuer	Mill. DM	136	138	121	351	23	24	55	317	– 5
Einnahmen aus der Körper- schaftsteuererlegung	Mill. DM	21	22	47	–	–	–	17	–	–
* Steuern vom Umsatz	Mill. DM	563	613	631	606	594	1 995	1 865	1 872	1 906
* Umsatzsteuer	Mill. DM	386	445	459	429	422	573	617	630	675
* Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	177	168	172	177	172	1 422	1 248	1 242	1 231
* Zölle	Mill. DM	13	11	12	12	11	229	206	188	225
* Bundessteuern	Mill. DM	131	150	154	216	181	393	424	448	534
Kapitalverkehrssteuern	Mill. DM	2	0	1	0	0	0	0	0	0
* Verbrauchssteuern (ohne Bier- steuer)	Mill. DM	90	102	94	79	115	395	420	444	3
Solidaritätszuschlag	Mill. DM	36	44	57	134	63	– 5	– 0	0	1
* Landessteuern	Mill. DM	109	118	153	94	108	113	147	111	97
* Vermögensteuer	Mill. DM	23	24	68	0	6	7	63	4	3
* Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	50	59	57	62	63	71	62	67	67
* Biersteuer	Mill. DM	7	7	8	8	8	7	5	17	3

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank sowie Postgiro- und Postsparkassenämter); ohne durchlaufende Kredite. – 2) Einschl. Zinsgutschriften. – 3) Ab 1993 einschließlich der durch die Euro-Zoll-Kasse in Trier vereinnahmten Steuern und Abgaben.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1991	1992				1993			
		Monatsdurchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. DM	680	690	...	727
* Grundsteuer A	Mill. DM	8	8	...	4
* Grundsteuer B	Mill. DM	107	116	...	119
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	499	492	...	532
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	49	58	...	51
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften ²⁾										
* Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 052	1 149	1 129	1 461	932	1 991	2 225	2 340	2 204
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	543	588	564	789	388	322	627	713	383
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	366	398	410	456	324	1 257	1 175	1 179	1 268
* Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	905	974	981	1 165	783	716	1 060	1 120	758
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	538	582	560	784	378	319	646	700	371
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	244	258	268	287	250	255	267	309	262
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾	Mill. DM	1 084	1 148	...	1 162
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ³⁾	Mill. DM	423	406	...	455
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	480	543	...	512
Preise										
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet ⁴⁾	1985 = 100	110,7	115,1	115,0	115,2	115,2	119,4	119,8	120,0	120,2
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	108,6	112,1	113,1	113,2	112,8	114,8	115,2	115,1	114,8
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet ⁴⁾ , Bauleistungen am Bauwerk ⁵⁾	1985 = 100	124,3	131,3	131,0	.	.	.	137,4	.	.
Löhne und Gehälter										
Arbeiter										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttostundenverdienste	DM	21,22 ^r	22,43	.	.	22,68	23,53
* Männliche Arbeiter	DM	22,18 ^r	23,36	.	.	23,61	24,45
* Facharbeiter	DM	23,59 ^r	24,74	.	.	25,01	25,83
Angelernte Arbeiter	DM	21,38 ^r	22,44	.	.	22,70	23,50
Hilfsarbeiter	DM	22,38 ^r	20,06	.	.	20,25	20,82
* Weibliche Arbeiter	DM	15,79 ^r	16,87	.	.	17,09	17,71
* Hilfsarbeiter	DM	15,43 ^r	16,53	.	.	16,80	17,36
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	39,6 ^r	39,4	.	.	39,6	38,1
Männliche Arbeiter	Std.	39,9 ^r	39,7	.	.	39,9	38,4
Weibliche Arbeiter	Std.	38,2 ^r	37,9	.	.	38,0	36,2
Angestellte										
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										
Bruttomonatsverdienste	DM	5 195 ^r	5 461	.	.	5 529	5 615
Kaufmännische Angestellte	DM	4 660 ^r	4 910	.	.	4 967	5 070
* männlich	DM	5 583 ^r	5 860	.	.	5 924	6 026
* weiblich	DM	3 679 ^r	3 905	.	.	3 956	4 054
Technische Angestellte	DM	5 641 ^r	5 907	.	.	5 984	6 052
* männlich	DM	5 777 ^r	6 045	.	.	6 126	6 188
* weiblich	DM	4 199 ^r	4 429	.	.	4 472	4 591
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	3 596 ^r	3 848	.	.	3 904	4 026
Kaufmännische Angestellte	DM	3 567 ^r	3 834	.	.	3 890	4 011
* männlich	DM	4 285 ^r	4 591	.	.	4 661	4 865
* weiblich	DM	2 983 ^r	3 198	.	.	3 240	3 319

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EG zustehenden Einnahmen aus Zöllen. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. – 5) Ohne Baunebenleistungen.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1991	1992				1993			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	64 074	...	64 980	64 757	64 847
Eheschließungen ²⁾	Anzahl	37 771 ^{p3)}	37 668 ^{p3)}	35 019 ^{p3)}	54 681 ^{p3)}	50 770 ^{p3)}	25 623 ^{p3)}	32 099 ^{p3)}	56 526 ^{p3)}	48 491 ^{p3)}
Lebendgeborene ⁴⁾	Anzahl	69 023 ^{p3)}	66 667 ^{p3)}	64 703 ^{p3)}	64 401 ^{p3)}	69 502 ^{p3)}	70 603 ^{p3)}	65 127 ^{p3)}	61 787 ^{p3)}	69 662 ^{p3)}
Gestorbene ⁵⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	75 067 ^{p3)}	73 108 ^{p3)}	73 699 ^{p3)}	69 194 ^{p3)}	71 246 ^{p3)}	91 314 ^{p3)}	75 799 ^{p3)}	67 806 ^{p3)}	71 360 ^{p3)}
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 6 045 ^{p3)}	- 6 441 ^{p3)}	- 8 996 ^{p3)}	- 4 793 ^{p3)}	- 1 744 ^{p3)}	- 20 711 ^{p3)}	- 10 672 ^{p3)}	- 6 019 ^{p3)}	- 1 698 ^{p3)}
Arbeitslose	1 000	1 689	1 808	1 747	1 704	1 715	2 223	2 197	2 148	2 166
Männer	1 000	898	983	946	918	921	1 273	1 233	1 198	1 204
Arbeitslosenquote	%	6,3	6,6	6,4	6,2	6,3	8,0	7,9	7,8	7,8
Offene Stellen	1 000	331	324	357	358	356	266	272	271	273
Kurzarbeiter	1 000	145	283	247	246	229	1 061	1 043	939	897
Männer	1 000	117	213	181	176	163	860	837	743	720
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ⁶⁾										
Beschäftigte	1 000	7 515	7 333	7 382	7 355	7 357	6 946	6 884	6 846	6 823
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	663	637	661	628	636	634	589	551	573
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	162 463	162 969	165 591	157 536	167 794	167 307	151 547	143 547	158 025
Auslandsumsatz	Mill. DM	43 557	43 616	44 844	42 231	45 355	45 881	40 277	38 889	42 842
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe (kalendermonatlich)	1985 = 100	121	119	121	116	122	119	111	106	115
Grundstoff- und Produktionsgüter-gewerbe	1985 = 100	112	113	116	114	116	116	112	107	116
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	126	122	127	120	129	120	110	105	115
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	123	120	122	114	120	125	117	107	117
Nahrungs- und Genußmittel-gewerbe	1985 = 100	129	128	122	119	128	125	121	118	129
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	32 913	33 247	33 150	30 565	29 180
Gaserzeugung	Mill. m ³	2 814	2 764	2 976	2 472	2 678
Bauwirtschaft und Wohnungs-wesen										
Bauhauptgewerbe	1 000	1 061	1 076	1 075	1 082	1 087	1 044 ^p	1 059 ^p	1 063 ^p	1 070 ^p
Beschäftigte	1 000	1 061	1 076	1 075	1 082	1 087	1 044 ^p	1 059 ^p	1 063 ^p	1 070 ^p
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	111	115	123	120	126	116 ^p	120 ^p	116 ^p	129 ^p
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	12 911	14 650	13 229	14 020	15 335	12 383 ^p	13 262 ^p	13 846 ^p	15 884 ^p
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	11 855	13 159	11 909	15 276	14 893	15 803	14 545	15 445	17 482
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	9 875	10 842	9 912	12 906	12 485	13 015	12 036	12 604	14 247
Wohnfläche	1 000 m ²	2 553	2 909	2 610	3 239	3 148	3 461	3 153	3 470	3 859
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 926	2 826	2 497	2 972	3 104	2 664	2 537	2 719	2 881
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	33 385	38 234	32 254	40 663	40 518	44 865	40 500	45 068	49 831
Handel										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	136,4	137,5	141,2	133,8 ^f	130,9 ^f	143,7	141,6 ^f	128,2 ^f	129,7 ^f
Gastgewerbe										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	120,8	124,0	120,8 ^f	136,2 ^f	129,7	118,1 ^f	122,7 ^f	141,1 ^f	132,1 ^p

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Nach dem Ereignisort. – 3) Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 4) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 5) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 6) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes ¹⁾

Berichtsmerkmal	Einheit	1991	1992				1993			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Ausfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	55 484	55 886	60 414	52 157	51 536
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	30 000	30 385	33 552	28 792	28 639
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	4 061	4 131	4 570	3 904	4 001
Frankreich	Mill. DM	7 292	7 249	8 154	6 731	6 592
Großbritannien	Mill. DM	4 224	4 329	4 577	4 073	4 284
Italien	Mill. DM	5 107	5 199	5 927	5 170	5 031
Niederlande	Mill. DM	4 672	4 644	5 095	4 224	4 126
Einfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Mill. DM	53 660	53 151	58 090	51 030	49 525
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	27 911	27 653	31 030	26 786	25 936
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 824	3 736	4 271	3 667	3 651
Frankreich	Mill. DM	6 573	6 369	7 311	6 236	5 822
Großbritannien	Mill. DM	3 558	3 636	3 934	3 329	3 448
Italien	Mill. DM	4 976	4 885	5 331	4 778	4 884
Niederlande	Mill. DM	5 222	5 097	5 921	4 915	4 432
Geld und Kredit ^{3) 4)}										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	3 086	3 418	3 183	3 198	3 237	3 470	3 483	3 507	3 535 ^p
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	2 456	2 674	2 530	2 546	2 583	2 711	2 720	2 735	2 760 ^p
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	629	744	653	652	654	759	763	772	776 ^p
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	2 176	2 261	2 164	2 173	2 184	2 252	2 267	2 290	2 310 ^p
Spareinlagen	Mrd. DM	754	771	744	743	743	779	781	783	786 ^p
Steuern ²⁾										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	40 372	44 662	33 903	35 210	54 337	52 416	36 677	37 889 ^p	58 350 ^p
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	24 900	27 609	17 357	18 380	38 133	37 428	19 012	19 829 ^p	40 694 ^p
Lohnsteuer	Mill. DM	17 848	20 610	17 508	17 973	19 006	18 025	19 090	19 275 ^p	20 734 ^p
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	3 461	3 461	- 960	- 238	9 889	10 404	1 526	- 1 507 ^p	9 549 ^p
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	14 973	16 476	15 252	16 485	16 201	14 982	16 877	17 797 ^p	17 653 ^p
Umsatzsteuer	Mill. DM	8 233	9 773	8 131	9 750	9 331	11 328	13 389	14 723 ^p	14 345 ^p
Zölle	Mill. DM	692	645	671	642	600	663	653	579 ^p	566 ^p
Bundessteuern	Mill. DM	7 802	8 758	8 359	9 350	10 396	7 417	6 782	7 869 ^p	7 585 ^p
Versicherungssteuer	Mill. DM	488	675	506	550	419	1 000	538	573 ^p	516 ^p
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	6 352	6 972	6 357	7 344	6 969	6 433	6 271	...	7 048 ^p
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ⁵⁾	1985 = 100	98,3	100,8	102,4	102,6	102,6	101,2	100,9	100,7	100,6
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ⁵⁾	1985 = 100	94,1	91,9	97,3	96,7	96,3	88,3	87,2	86,1	86,5 ^p
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁵⁾	1985 = 100	103,4	104,8	104,9	105,1	105,2	104,9	105,0	104,8	104,8
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1985 = 100	124,6	131,5	-	131,2	-	-	-	137,4	-
Bauleistungen am Bauwerk ⁶⁾	1985 = 100	124,3	131,3	-	131,0	-	-	-	137,4	-
Preisindex für den Straßenbau	1985 = 100	121,0	127,7	-	127,7	-	-	-	131,6	-
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1985 = 100	110,7	115,1	114,5	115,0	115,2	119,0	119,4	119,8	120,0
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	108,6	112,1	112,5	113,1	113,2	114,2	114,8	115,2	115,1
Bekleidung, Schuhe	1985 = 100	110,1	113,3	112,7	113,0	113,0	115,9	116,0	116,4	116,4
Wohnungsmieten	1985 = 100	117,3	123,8	122,3	122,9	123,4	129,5	129,9	130,4	130,9
Energie (ohne Kraftstoffe)	1985 = 100	89,4	89,8	89,8	90,1	90,1	91,3	91,2	91,1	90,7
Übriges für die Haushaltsführung	1985 = 100	110,5	114,4	113,8	114,2	114,4	117,2	117,5	118,0	118,1
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1985 = 100	113,8	117,9	117,3	117,6	117,8	121,7	121,9	122,1	122,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1985 = 100	112,1	117,1	116,6	117,2	117,8	120,9	121,5	121,5	122,1
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1985 = 100	108,1	112,7	112,3	112,6	112,2	115,2	115,3	115,5	115,6
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1985 = 100	118,0	124,3	122,3	122,4	122,9	133,3	133,5	134,5	135,2

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Ab Januar 1991 : Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 3) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 4) Ab Juni 1990 für das gesamte Währungsgebiet der D-Mark. – 5) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 6) Ohne Bauleistungen.

Steuereinnahmen des Landes nach Steuerverteilung ¹⁾

Steuerart	Januar - August		Ver- ände- rung
	1992	1993	
	Mill. DM		%
Landessteuern	998,6	1 017,2	1,9
Vermögensteuer	209,7	244,4	16,5
Erbschaftsteuer	98,0	78,2	- 20,2
Kraftfahrzeugsteuer	503,1	519,2	3,2
Rennwett- und Lotteriesteuer	114,0	105,7	- 7,3
Feuerschutzsteuer	14,0	13,1	- 6,5
Biersteuer	59,8	56,6	- 5,3
Landesanteil an den Steuern vom Einkommen	4 307,2	4 366,5	1,4
Lohnsteuer	3 395,8	3 540,4	4,3
Veranlagte Einkommensteuer	285,0	196,1	- 31,2
Kapitalertragsteuer	177,9	180,7	1,6
Zinsabschlagsteuer	-	113,9	.
Körperschaftsteuer	448,5	335,4	- 25,2
Landesanteil an den Steuern vom Umsatz	2 081,6	2 171,7	4,3
Umsatzsteuer	1 134,4	1 787,1	57,5
Einfuhrumsatzsteuer	947,2	384,7	- 59,4
Landesanteil an der Gewerbesteuerumlage	79,7	34,2	- 57,1
Gewerbesteuerumlage-Anhebung	14,9	18,7	25,7
Insgesamt	7 482,0	7 608,4	1,7

1) Da die Aufkommensintensität während des Jahres erheblichen Schwankungen unterliegt, dürfen unterjährige Ergebnisse nicht direkt auf das Gesamtjahr hochgerechnet werden.

Beschäftigtenabbau im verarbeitenden Gewerbe ungebrochen - Seit September 1991 wurde jeder 10. Arbeitsplatz abgebaut -

Der Rückgang der Beschäftigung in der rheinland-pfälzischen Industrie, der im September 1991 begann, hält weiter an. Die Zahl der Beschäftigten lag in den Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr tätigen Personen im Juni 1993 bei rund 357 300. Damit verringerte sich die Zahl der Arbeitskräfte binnen Jahresfrist um 7,4 % (altes Bundesgebiet Stand Mai 1993 : - 6,9 %). Gegenüber dem Beschäftigtenmaximum im August 1991 nahm die Zahl der Arbeitsplätze um fast 41 000 ab. Damit ist in weniger als zwei Jahren jeder 10. Arbeitsplatz entfallen.

Das Investitionsgüter produzierende Gewerbe, größter Sektor der Industrie, hatte mit einem Rückgang um über 20 000 Stellen den Hauptanteil an dieser Entwick-

lung. Mit der Hälfte der Gesamtzahl der eingesparten Arbeitsplätze war diese Branche auch im Vergleich zu ihrem Beschäftigtenanteil am gesamten verarbeitenden Gewerbe (41 %) überdurchschnittlich stark betroffen.

Wesentlich früher als in den anderen bedeutenden Wirtschaftszweigen des Investitionsgüterbereichs begann der Stellenabbau im Maschinenbau einschließlich der Herstellung von ADV-Geräten und Einrichtungen. Hier war bereits im September 1990 der Höchststand mit rund 54 000 Arbeitern und Angestellten registriert worden. Bis Juni 1993 nahm deren Zahl um 15 % ab. Das entspricht rund 8 100 Arbeitsplätzen. fu

Interviewer befragen Gebäudeeigentümer und Wohnungsinhaber

Mit Stichtag 30. September 1993 findet nach 1978 wieder eine Wohnungsstichprobe statt. Der Auswahl-satz beträgt 1 % der Gebäude mit Wohnraum. Diese Repräsentativstatistik, die sich an jeder 100. Wohnungsinhaber wendet, soll zeitnahe Informationen über die Wohnungsversorgung der Bevölkerung bereitstellen.

Die Wohnungsstichprobe ist so angelegt, daß sie mit relativ geringem Aufwand ausgewählte Daten in der notwendigen Tiefengliederung und Aktualität vermittelt, und zwar auch für differenzierte Tatbestände, die in den Totalzählungen aus sachlichen bzw. finanziellen Gründen nicht erhoben werden können.

Inhalt und Umfang des Erhebungsprogramms werden von der Notwendigkeit bestimmt, bei den Grunddaten über Gebäude, Wohnungen und Haushalte die Vergleichbarkeit mit früheren Erhebungen zu gewährleisten. hw

Mehr über dieses Thema auf Seite 204.

Deutsche Gäste bleiben aus

Über 1,9 Mill. Touristen wurden im rheinland-pfälzischen Fremdenverkehr von Januar bis Mai 1993 gezählt. Das sind gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum 4,7 % weniger Gäste. Die Zahl der Übernachtungen ging gleichzeitig um 3,8 % auf knapp 6,7 Mill. zurück. Während 1 % weniger ausländische Touristen in Rheinland-Pfalz verweilten, wurde für deutsche Gäste ein Minus von 5,6 % registriert. Entgegen der allgemeinen Entwicklung kamen deutlich mehr niederländische (+ 14,9 %) und belgische Gäste (+ 6,5 %) nach Rheinland-Pfalz. Jeder zweite ausländische Besucher kam aus den Niederlanden, jeder Zehnte aus Belgien.

Die Gäste- und Übernachtungszahlen verliefen in allen Fremdenverkehrsgebieten negativ. Die geringsten Einbußen ließen sich in den Regionen Eifel/Ahr und Mosel/Saar feststellen. Anders als in den übrigen Gebieten war im Rheintal ein starker Rückgang des Ausländertourismus, besonders der britischen Besucher, zu spüren. kl

7 600 Maßnahmen der Jugendarbeit

Im Jahre 1992 wurden in Rheinland-Pfalz mit öffentlichen Mitteln rund 7 600 Maßnahmen der Jugendarbeit wie Zeltlager, Jugendfreizeiten, Studienfahrten, politische Diskussionen und Mitarbeiterfortbildung unterstützt. Insgesamt nahmen 226 700 junge Menschen die verschiedenen Angebote wahr.

Die größte Resonanz fand die Kinder- und Jugenderholung mit 132 500 Besuchern in 4 170 Veranstaltungen. 76 300 Besucher nahmen an den 2 680 Maßnahmen der außerschulischen Jugendbildung teil. Im Bereich Mitarbeiterfortbildung waren 16 000 Personen in 680 Maßnahmen, in der internationalen Jugendarbeit 1 900 Teilnehmer an 70 Maßnahmen zu verzeichnen.

An den Veranstaltungen nahmen im Durchschnitt 30 junge Menschen teil. Die Maßnahmen der internationalen Jugendarbeit wiesen mit 10 Tagen die höchste, die der Mitarbeiterfortbildung mit 3 Tagen die niedrigste durchschnittliche Dauer auf. us

Kaufwerte für Bauland zeigen langfristige Entwicklungstendenzen auf

Bei der Statistik der Kaufwerte für Bauland ist zu beachten, daß Zufallseinflüsse wie Großverkäufe, Veräußerungen von Liehaberobjekten, Kaufgeschäfte unter Verwandten in den ausgewiesenen Ergebnissen um so wirksamer werden können, je geringer die Zahl der Kauffälle ist. Die errechneten Durchschnittspreise erlauben einwandfreie Aussagen nur für den Berichtszeitraum, wodurch sie als Anhaltspunkte für die Entwicklung des Grundstückspreisniveaus nur eingeschränkt zu verwenden sind. Da sich der für einen Berichtszeitraum ausgewiesene Durchschnittswert auf andere Grundstücke bezieht, als die entsprechenden Durchschnittswerte früherer Zeiträume – abgesehen von den relativ wenigen Fällen wiederholt verkaufter Grundstücke – lassen die Durchschnittswerte nicht die echte Preisentwicklung beim Bauland erkennen. Bei einem Vergleich der Durchschnittswerte verschiedener Zeiträume ist auch zu bedenken, daß sich die Verkäufe in späteren Zeiträumen in stärkerem Maße auf weniger begehrte Grundstücke beziehen können, als die Verkäufe in früheren Zeiträumen. Im Gegensatz zu den eigentlichen Preisstatistiken (vor allem Verbraucher-, Erzeuger-, Großhandels- und Bauleistungspreise) gibt

die Statistik der Kaufwerte für Bauland lediglich die durchschnittlichen Verkaufswerte wieder. Sie hat daher mehr den Charakter einer Grundeigentumswechselstatistik als den einer echten Preisstatistik. Deshalb kommt auch einem jährlichen Vergleich der Kaufwerte für baureifes Land und Rohbauland nach Bundesländern nur eine stark eingeschränkte Aussagekraft zu, da beispielsweise in dem einen Bundesland die Baulandverkäufe überwiegend in ländlichen Gebieten, in dem anderen Bundesland hingegen häufiger in stadtnahen und städtischen Gebieten erfolgt sein können. Unter Berücksichtigung der genannten Einschränkungen der Aussagekraft liefert die Statistik der Kaufwerte dennoch wertvolle Informationen über den Baulandmarkt. wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 208.

Getreideernte 1993 mit überwiegend durchschnittlichen Hektarerträgen

Die rheinland-pfälzische Getreideernte 1993 beläuft sich voraussichtlich auf rund 1,32 Mill. t. Dies geht aus dem vorläufigen Ergebnis der Bodennutzungserhebung und der Auswertung eines Großteils von Probeschnitten und Druschergebnissen der Erntermittlung hervor. Damit liegt die Erntemenge aufgrund der geringeren Anbaufläche (– 2,6 %) und einer insgesamt nur durchschnittlichen Flächenleistung um 8,5 % unter dem Vorjahresergebnis. Ursache hierfür sind nicht zuletzt die niederschlagsarme Frühjahrswitterung und die hierdurch bedingte, insbesondere auf trockenen Standorten, vorzeitige Abreife der Bestände.

Von allen Getreidearten erzielte Hafer mit 43 dt/ha als einzige eine höhere Flächenleistung als im letzten Jahr. Da der Anbauumfang nahezu beibehalten wurde, steht auch ein etwas größeres Ernteaufkommen (+ 4,4 %) zur Verfügung. Die Roggenernte übersteigt das Vorjahresergebnis um rund 15 %. Bei nur wenig niedrigerem Hektarertrag (49 dt/ha) als im Vorjahr ist dies auf den umfangreicheren Anbau (+ 18 %) zurückzuführen.

Die deutlichsten Einbußen zeigten sich beim Winterweizen, der den guten Hektarertrag von 1992 nicht erreichte und mit 56 dt/ha noch unter dem 6jährigen Vergleichswert blieb. Die Wintergerste lieferte eine knapp durchschnittliche Flächenleistung von 52 dt/ha. Beide Getreidearten – Wintergerste noch mehr als Winterweizen – wurden zudem weniger angebaut. Bei Winterweizen fiel damit eine um 14 % und bei Wintergerste eine um 22 % niedrigere Ernte an als 1992. Die in Rheinland-Pfalz im Getreideanbau führende Sommergerste erfuhr auch 1993 keine Einschränkung, so daß bei einem gut durchschnittlichen Ertrag (45 dt/ha) nur 4,7 % weniger geerntet wurde als im Vorjahr. hü

Zeichenerklärung und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
-	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
.	Zahl unbekannt oder geheimzuhalten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.